



Monatsinfo Nr. 1

JANUAR

- PLANUNG EINER GEMEINSAMEN AKTION MIT ANDEREN BEAMTENGROUPEIN IN BAWÜ IN BEZUG AUF DIE GEPLANTE DIENSTRECHTSREFORM/ GLEICHSTELLUNG IM LAND,

DIESBEZÜGLICH WURDEN KONTAKTE ZU EINEM VERTRETER DES DGB AUFGENOMMEN.

- PLANUNGSSTAND DER AUSSTELLUNG ZUR HOMOSEXUELLEN VERFOLGUNG IN WÜRTTEMBERG IM MAI 2010 IM RATHAUS STUTTGART,

VELSPOL-BW IST AN DER PLANUNG DES REGIONALTEILES STUTTGART/ WÜRTTEMBERG BETEILIGT. FÜR EINE INFO-VERANSTALTUNG IM RATHAUS STUTTGART WURDE OBERSTAATSANWALT SCHRIMM VON DER „ZENTRALSTELLE DER LANDESVERWALTUNG ZUR AUFLÄRUNG NATIONALSOZIALISTISCHER VERBRECHEN“ ANGEFRAGT.

- AKTUELLES AUS DEM BUNDESVORSTAND

DAS BUNDESSEMINAR 2010 WIRD AN EINEM WOCHENENDE IM SEPTEMBER ODER OKTOBER STATTFINDEN, DER ORT IST NOCH NICHT BEKANNT, DA NOCH KEIN FINANZIERBARES HOTEL GEFUNDEN WURDE.

- DISKUSSION NEUES LOKAL FÜR STAMMTISCH.

Die nächsten Stammtischveranstaltungen finden bis auf Weiteres im Cafe Graf Eberhard in Stuttgart statt..

Der Vorstand



Monatsinfo Nr. 2

FEBRUAR

- INFOS ZUM PLANUNGSSTAND BODENSEE-TREFFEN, BUNDESSEMINAR, EURO-SEMINAR WIEN 2010,

PLANUNGSSTAND BUNDESSEMINAR – KEINE NEUEN INFORMATIONEN

PLANUNGSSTAND BODENSEETREFFEN – SIEHE ANHANG

PLANUNGSSTAND EURO-SEMINAR IN WIEN – WURDE PER EMAIL VERSCHICKT.

- AKTUELLES AUS DEM BUNDESVORSTAND

KEINE BERICHTE

- PLANUNGSSTAND AUSSTELLUNG ZUR HOMOSEXUELLENVERFOLGUNG IN WÜRTTEMBERG IM MAI 2010 IM RATHAUS STUTTGART,

DURCHFÜHRUNG EINER INFOVERANSTALTUNG, SIEHE MONATSINFO NR. 1 WURDE ZUGESTIMMT; INFOSTAND (NUR STEHTISCH MIT INFOMATERIAL) AM ERÖFFNUNGSABEND IM RATHAUS STUTTGART WURDE ZUGESTIMMT, HIER WERDEN NOCH FREIWILLIGE ZUR BETREUUNG/ ANWESENHEIT GESUCHT.

- SONSTIGES

Kein Beitrag.

Der nächste Stammtisch findet am 05.03.2010 um 20.00 Uhr im Reiterstüble Stuttgart-Botnang statt. Anmeldung ist unbedingt erforderlich.

Wegbeschreibung

Mit dem Auto...

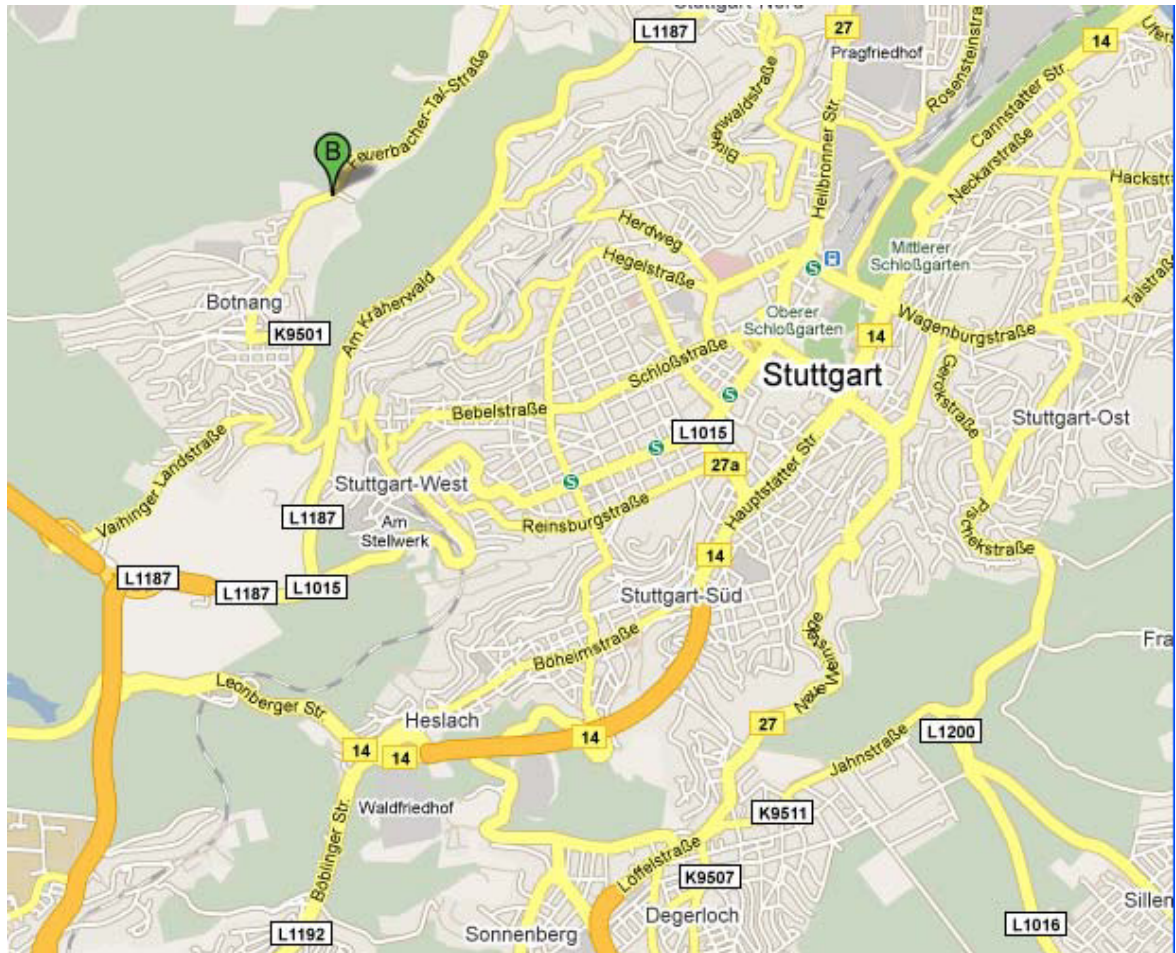
an der Talstraße zwischen Botnang und Feuerbach gegenüber dem Schützenhaus. Aus Richtung Botnang kommend ca. 200 Meter nach dem Tierheim beim Hinweisschild zum Waldhof Reiterstüble rechts einbiegen.

Mit der Stadtbahn...

U4 oder U9 nach Botnang bis zur Haltestelle "Millöckerstrasse". Von dort zu Fuß weiter gehen bis zum Kreisverkehr. Dort rechts ab in die Schumannstrasse und immer gerade aus, am Tierheim vorbei bis zum Hinweisschild zum Reiterstüble. Fußweg ca. 15 Min.

Mit dem Bus

Linie 91 bis zur Haltestelle "Botnang Freibad", in Fahrtrichtung weiterlaufen, rechts einbiegen am Hinweisschild "Reiterstüble". Fußweg ca. 4 Min.



Reiterstüble Stuttgart-Botnang

www.waldhof-stuttgart.de

Furtwänglerstraße 190

70195 Stuttgart

0711 6205259

Der Vorstand

2. Bodenseetreffen – 14. bis 16. Mai 2010 in Arbon, Schweiz

Freitag, 14. Mai 2010

- 12.00 Uhr Beginn und Eintreffen der Teilnehmer
- 13.00 Uhr Präsidenten-Sitzung BW, BY, VAB, Austria, Schweiz
- 15.00 Uhr Besichtigung Mosterei für die bereits anwesenden Teilnehmer
- 18:00 Uhr Begrüssung der Teilnehmer
- 19.00 Uhr gemeinsames Apero und Nachtessen im Hotel Metropol

Samstag, 15. Mai 2010

- 10.30 Uhr kurze Schifffahrt auf dem Bodensee mit anschl. Mittagessen
- 14.00 Uhr Vorstellung der Vereine
- 15.00 Uhr Referat Stadtmann Stadt Arbon
- 15.30 Uhr Referat Kommandant Stadtpolizei Zürich
Oberst Ph. Hotzenköcherle
- 16.00 Uhr Referat Kommandant Kantonspolizei Basel-Stadt
Oberst G. Lips
- 16.30 Uhr *kurze Pause*
- 16.45 Uhr Referat Benedikt Zahno, Zürcher Aidshilfe
- 17.15 Uhr Fragen / Antworten
- 17.30 Uhr Apéro
- 18.30 Uhr gemeinsames Abendessen in der Stadt Arbon

Ausgang

Sonntag, 16. Mai 2010

- 12.00 Uhr Verabschiedung der Teilnehmer



Monatsinfo Nr. 3

MÄRZ 2010

- DER STAMMTISCH MÄRZ 2010 FAND IM `REITERSTÜBLE` IN STUTTGART-BOTNANG STATT, DIE QUALITÄT DES ESSEN ENTSPRACH NICHT DEN ERWARTUNGEN, FÜR DAS NÄCHSTE GEMEINSAME ESSEN WIRD EINE ALTERNATIVE GESUCHT.
THEMEN WURDEN IN DIESEM RAHMEN NICHT BESPROCHEN.

INFOS

- DIE AUSSTELLUNG `AUSGRENZUNG AUS DER VOLKSGEMEINSCHAFT` IM STUTTGARTER RATHAUS WIRD AM 21.04.2010, 19.00 UHR ERÖFFNET. WIE SCHON MEHRFACH BERICHTET HAT SICH VELSPOL-BW E.V. AN DER VORBEREITUNG UND RECHERCHE BETEILIGT, ICH LADE ALLE MITGLIEDER ZUR ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG EIN. FERNER BESTeht DIE MÖGLICHKEIT IM RAHMEN DER ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG ÜBER VELSPOL-BW E.V. ZU INFORMIEREN, HIERZU BITTE ICH UM UNTERSTÜTZUNG (KLEINER INFOTISCH).



ERÖFFNUNG
21.04.10, 19 Uhr, Rathaus Großer Sitzungssaal
Die NS-Verfolgung Homosexueller in Stuttgart sichtbar machen – Erinnern für die Zukunft
Grußwort der Stadt Stuttgart
Vortrag Dr. Burkhard Jellonnek, Saarbrücken
Musikalische Umrahmung durch Rosa Note

ERSTE STOLPERSTEINVERLEGUNG FÜR HOMOSEXUELLE IN STUTTGART
29.04.10, 10.30 Uhr, Leonhardsplatz 15, S-Mitte
Stolpersteinverlegung für Willi Karl App
30.04.10, 14.30 Uhr, Aberlin-Jörg-Str. 13, S-Bad Cannstatt
Stolpersteinverlegung für Friedrich Hermann Enchelmayer

WEITERE VERANSTALTUNGEN
29.04.10, 19.30 Uhr, Kleiner Sitzungssaal
„Bedeutung des Nationalsozialismus im Leben schwuler Männer heute“
Dipl.-Psych. E. Rieger-Haug, Dr. Phil C. Langer
Veranstalter: Verband lesbischer und schwuler Psychologen (VLSP e.V.), Regionalgruppe Stuttgart
12.05.10, 19.00 Uhr, Treffpunkt vor dem Rathaus
Historische Szeneführung
Veranstalter: Schwulst e.V.

Rosa-Winkel-Initiative der Weissenburg e.V.:
Ralf Bogen (Weissenburg-Vertreter in der Initiative „Gedenkort „Hotel Silber““)
Dieter Salwik (Verband lesbischer Psychologinnen und schwuler Psychologen)
Mathias Strohbach (Stuttgarter Stolpersteininitiative, Untergruppe Homosexualität)
Thomas Ulmer (Verein lesbischer/schwuler Polizeibediensteter in BaWü e.V.)

Ein gemeinsames Projekt von Weissenburg e.V., schwul-lesbisches Zentrum Stuttgart, Joachim Stein (Vorstand), www.zentrum-weissenburg.de, und Stadtarchiv Stuttgart, Dr. Roland Müller, www.stuttgart.de/stadtarchiv/

- CSD LÖRRACH 2010, DER CSD FINDET AM SAMSTAG 17.04.2010 STATT, VELSPOL-BW E.V. BETEILIGT SICH WIE IM VERGANGENEN JAHR WIEDER MIT EINEM INFOSTAND, HIERZU BITTE ICH UM UNTERSTÜTZUNG.
 - IM RAHMEN DER BERATUNGEN ZUM DIENSTRECHTSREFORMGESETZ PLANT VELSPOL-BW E.V. EINEN `RUNDEN TISCH` MIT VERSCHIEDENEN ANDEREN ORGANISATIONEN AUS DER LSVD, DEN GEWERKSCHAFTEN UND WEITEREN ORGANISATIONEN . ZIEL SOLL EIN GEMEINSAMES FORDERUNGS-/POSTITIONSPAPIER AN DIE LANDESREGIERUNG SEIN. (SIEHE UNTENSTEHENDE ENTWICKLUNG IN BAYERN). DERZEIT IST EINE BERÜCKSICHTIGUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN IM GESETZENTWURF NICHT VORGESEHEN, DAMIT WÄRE BAWÜ SCHLUßLICHT IN DIESER ENTWICKLUNG.
- (SIEHE AUCH HIERZU DAS ANGEHÄNGTE PDF-DOKUMENT DER DGB-ANFRAGE)
- DAS BODENSEETREFFEN 2010 FINDET VOM 14.-16.05.2010 IN ARBON STATT, SIEHE EMAIL VOM 29.03.2010.
 - BUNDESSEMINAR 2010 – DAS BUNDESSEMINAR FINDET VOM 21. – 24.10.2010 IN OBERFRANKEN IM SCHÖNEN MAINTAL STATT. DAS BUNDESSEMINAR 2011 FINDET IN LEIPZIG STATT.
 - INFORMATIONEN AUS BAYERN (AUSZUG AUS EINEM EMAIL DER LANDESGRUPPE VELSPOL-BY AN DEN BUNDESVORSTAND:

man glaubt es kaum, aber auch in Bayern lässt sich die Moderne nicht aufhalten - entgegen allen Erwartungen!

...zum einen hat sich zum Jahreswechsel plötzlich der Landtag entschlossen, in das kommende Dienstrechtsreformgesetz die eingetragenen Lebenspartnerschaft im Beamtenrecht der Ehe gleichzustellen. Entgegen unseren Erwartungen hat die FDP jetzt diesen Punkt doch bei der CSU durchgesetzt. Das Gesetz kommt erst noch, wir sind gespannt, was dann genau drin steht.

...SOWEIT IST BADEN-WÜRTTEMBERG NOCH LANGE NICHT.

- INFO DES LSVD

Öffnung der Ehe

Der LSVD bittet um Beachtung der folgenden Pressemitteilung:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule Juristen (BASJ) begrüßt die Entscheidung des Berliner Senats, einen Entschließungsantrag zur Öffnung der Ehe im Bundesrat einzubringen. Nur so lässt sich die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreichen. Die Niederlande, Belgien, Spanien, Schweden, Norwegen, Portugal haben diesen Wandel des Eheverständnisses bereits rechtlich vollzogen. Dies spiegelt den gesellschaftlichen Wandel in Europa.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 07.07.09 ohnehin die Diskriminierung eingetragener Lebenspartner beanstandet. Es gibt also Handlungsbedarf. Die Anpassung jeder einzelnen Regelung würde einen maßlosen gesetzgeberischen Aufwand erfordern und Verwaltung und Justiz unnötig belasten. Der Senat trägt hiermit die

einstimmig vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Initiative "Berlin für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" auf die Bundesebene. Die BASJ fordert die Vertreter der übrigen Bundesländer auf, sich diesem Antrag anzuschließen.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule Juristen (BASJ) Martin Unverdorben
E-Mail: basj-intern@gmx.de

--
LSVD - Pressestelle

Nächster Stammtisch:

Datum: Freitag, 09.04.2010, 20.00 Uhr
Ort: Cafe Graf Eberhard, Stuttgart

Der Vorstand

Stammtischtermine 2010:

07.05.2010, 11.06.2010, 09.07.2010, 06.08.2010, 03.09.2010, 01.10.2010, 05.11.2010, 10.12.2010



Monatsinfo Nr. 4

APRIL 2010

- **CSD LÖRRACH 17.04.2010**

VELSPOL-BW E.V. HAT MIT EINEM INFOSTAND AM CSD LÖRRACH 2010 TEILGENOMMEN. NEBEN INTERESSANTEN GESPRÄCHEN UND NEUEN KONTAKTEN, HAT DIE REAKTION DER ÖRTLICHEN POLIZEI (HAT MIT UNS NICHT GESPROCHEN UND UMKREISTE DEN INFOSTAND IN SICHEM ABSTAND, DIES FIEL SOGAR ANDEREN STANDBETREIBERN AUF) MAL WIEDER GEZEIGT, DASS NOCH VIEL ZU TUN IST. DANKE AUCH AN DIE UNTERSTÜTZUNG VON KAREN UND MONE.

- **AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG AM 21.04.2010 IM STUTTGARTER RATHAUS**

DIE AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG HABEN MEHRERE HUNDERT GÄSTE BESUCHT. VON VERSCHIEDENSTER SEITE WURDE POSITIV BEMERKT, DASS VELSPOL-BW E.V. MIT EINEM INFOSTAND VERTRETEN WAR.

- **BUNDESSEMINAR 2010**

WIE SCHON MEHRFACH MITGETEILT FINDET DAS BUNDESSEMINAR 2010 VOM 21.-24. OKTOBER IN DER NÄHE VON HASSFURT STATT. DIE ANMELDUNG BEGINNT AB DEM 27.05.2010.

- **EGPA-SEMINAR/ BODENSEETREFFEN**

IN WIEN AM EGPA-SEMINAR UND AM BODENSEETREFFEN WERDEN JEWEILS 2 TEILNEHMER AUS BAWÜ TEILNEHMEN.

- **Dienstrechtsreform**

DER ENTWURF DER DIENSTRECHTSREFORM WURDE DEM DGB UND DEN POLIZEIGEWERKSCHAFTEN ZUR ABGABE IHRER STELLUNGNAHMEN ÜBERSANDT. WIE BEREITS MITGETEILT WURDEN GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERSCHAFTEN NICHT BERÜCKSICHTIGT. VELSPOL-BW E.V. WIRD BEIM DGB BZW. BEI DEN POLIZEIGEWERKSCHAFTEN NOCHMALS VORSTELLIG.

Der Vorstand



Monatsinfo Nr. 5

MAI 2010

- INFORMATIONEN ZUM BUNDESSEMINAR 2010

DIE VORLÄUFIGEN INFORMATIONEN ZUM BUNDESSEMINAR 2010 WURDEN MIT DER EINLADUNGSMAIL ZUM STAMMTISCH VERSANDT. ANMELDUNGEN SIND AB DEM 27.05.2010 MÖGLICH, DAS VORLÄUFIGE SEMINARPROGRAMM WIRD AN DIESEM TAG EBENFALLS VERÖFFENTLICHT.

- AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG IM STUTTGARTER RATHAUS

DIE AUSSTELLUNG WURDE AUCH VON VERTRETERN DER AMTSLEITUNG DES PP STUTTGART BESUCHT UND FAND POSITIVEN ANKLANG.

- FORTBILDUNGSVERANSTALTUNG `HATE CRIME` IN LONDON

AN DER FORTBILDUNGSVERANSTALTUNG IN LONDON HAT EIN VERTRETER DES VORSTANDES TEILGENOMMEN, DAS SEMINAR HAT GEZEIGT, DASS DEUTSCHLAND AUF DIESEM GEBIET NOCH EIN ENTWICKLUNGSLAND IST. DEUTSCHLANDWEIT SIND KEINE KONZEPTE VORHANDEN (PRÄVENTION/ REPRESSION).

VERSCHIEDENE LÄNDER WIE GB, SWE, PL UND BULGARIEN HABEN IHRE KONZEPTE DURCH VERTRETER DER JEWEILIGEN INNENMINISTERIEN VORGESTELLT.

ANMERKUNG STAND 24.05.2010

DIE FRAKTION DER B90/ DIE GRÜNE HABEN ANLÄSSLICH DES TAGES GEGEN DIE HOMOPHOBIE EINE LANDTAGSANFRAGE GESTELLT, INHALT DER ANFRAGE IST WIE BAWÜ MIT DIESEM THEMA UMGEHT, WELCHE ZAHLEN VORHANDEN SIND UND WELCHE PRÄVENTIONSPROGRAMME EXISTIEREN. DIESE ANFRAGE WURDE U.A. AUCH DURCH VELSPOL-BW E.V. ANGEREGT.

- ENTWURF NEUES INFOMATERIAL

DIE BESTEHENDE INFOFLYER SOLLTEN ÜBERARBEITET UND IN FARBDRUCK NEU AUFGELEGT WERDEN. VORGESCHLAGEN WURDE DIN A 6 (POSTKARTENFORMAT) 4-SEITIG UND IN FARBE. DEM VORSCHLAG WURDE ZUGESTIMMT. DAS NEUE INFOMATERIAL SOLL ZUM CSD STUTTGART ERSCHEINEN.

- DIENSTRECHTSREFORM

DER ENTWURF DER DIENSTRECHTSREFORM WURDE DEM DGB UND DEN POLIZEIGEWERKSCHAFTEN ZUR ABGABE IHRER STELLUNGNAHMEN ÜBERSANDT.

EINE KOLLEGIN IST BEREIT GEGEN DAS LAND ZU KLAGEN, VIELLEICHT GIBT ES NOCH WEITERE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN, DIE ZU DIESEM SCHRITT BEREIT SIND. KONTAKTE ZU ENTSPRECHENDEN RECHTSANWÄLTEN KÖNNTEN VERMITTELT WERDEN.

ANMERKUNG STAND 24.05.2010

ZWISCHENZEITLICH IST UND BEKANNT, DASS EINE POLIZEIGEWERKSCHAFT DEN ENTWURF DER DIENSTRECHTSREFORM KOMMENTIERT HAT, ALLERDINGS OHNE DIE PROBLEMATIK LEBENSPARTNERSCHAFTEN ANZUSPRECHEN, AUF DIESE GEWERKSCHAFT WIRD VON SEITEN DES VORSTANDES NOCHMALS ZUGEGANGEN.
DER LSVD HAT INTERVENIERT, SIEHE NACHSTEHEND.

(AUSZUG EINES MAILS VOM LSVD AN DEN VORSTAND VON VELSPOL-BW E.V.

...DER LSVD HAT SICH ANFANG DES JAHRES SOWOHL MIT DER SPD FRAKTION SOWIE MIT DER FDP FRAKTION GETROFFEN.

DIE FDP HATTE UNS GLAUBEN GEMACHT, DASS ZWAR IM ECKPAPIER AUS ZEITGRÜNDEN NICHT MEHR AUF DAS VERFASSUNGSGERICHTSURTEIL VOM 7.7.2010 REAGIERT WERDEN KONNTE, DASS DIE GLEICHSTELLUNG ABER IN JEDEM FALL KOMMEN WÜRD, DASS DIES KEIN FRAGE MEHR SEI.

UM SO MEHR WAREN AUCH WIR ÜBERRASCHT, DASS IM BESCHLOSSEN ENTWURF DER AM 14.4 IM PLENUM VORGESTELLT WURDE, KEIN WORT DARÜBER DRIN STEHT.

DER INNENMINISTER HAT AUF NACHFRAGEN VON DER SPD GESAGT, DASS DER ANGEHÖRIGENBEGRIFF ENTSPRECHEND ERWEITERT WURDE, ABER KEINE GLEICHSTELLUNG BEI PENSIONEN UND SONSTIGEN LEISTUNGEN VORGESEHEN SEI. DIES SEI NOCH EIN DISKUSSIONSPUNKT.

DIE REGIERUNG HÄTTE ZWAR KEINE REGELUNG VORGESEHEN, ABER IM RAHMEN DER NUN BEGINNENDEN ANHÖRUNGSPHASE KÖNNE DAS NOCH AN DIE REGIERUNG HERANGETRAGEN WERDEN.

...WIR HABEN DARAUF NOCH MAL BEI DER FDP NACHGEFRAGT UND BEKAMEN FOLGENDE ANTWORT VON HERRN DIETMAR SCHÖNING (FDP)SIE WISSEN, DASS UNSERE FRAKTION IM HERBST LETZTEN JAHRES – IN DIREKTER REAKTION AUF DIE VERÖFFENTLICHUNG DES BESCHLUSSES DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS VOM 7. JULI 2009 – EINEN IM FÜR FRAGEN VON BESOLDUNG UND VERSORGUNG ZUSTÄNDIGEN FINANZAUSSCHUSS GERADE ANHÄNGIGEN ANTRAG (IN DIESEM FALL DER SPD) GENUTZT HATTE, EINEN BESCHLUSS DES LANDTAGS HERBEIZUFÜHREN, MIT DEM DIE LANDESREGIERUNG AUFGEFORDERT WIRD,

„...VOR DEM HINTERGRUND DES JÜNGSTEN BESCHLUSSES DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS (1 BvR 1164/07) IM RAHMEN DER DIENSTRECHTSREFORM SICHERZUSTELLEN, DASS FÜR BEAMTINNEN UND BEAMTE IN EINGETRAGENER LEBENSPARTNERSCHAFT ZWEIFELSFREI VERFASSUNGSKONFORME REGELUNGEN GETROFFEN WERDEN.“

AUCH WENN SICH DER ANGEFÜHRTE BESCHLUSS DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS NICHT DIREKT AUF DIE RECHTSVERHÄLTNISSE VON BEAMTEN BEZIEHT, IST ER DOCH ZWEIFELSFREI VON ALLGEMEINER BEDEUTUNG. DAS GERICHT STELLT U.A. FEST:

„GEHT DIE PRIVILEGIERUNG DER EHE MIT EINER BENACHTEILIGUNG ANDERER LEBENSFORMEN EINHER, OBGLEICH DIESE NACH DEM GEREGLTEN LEBENSACHVERHALT UND DEN MIT DER NORMIERUNG VERFOLGTEN ZIELEN DER EHE

VERGLEICHBAR SIND, RECHTFERTIGT DER BLOßE VERWEIS AUF DAS SCHUTZGEBOT DER EHE EINE SOLCHE DIFFERENZIERUNG NICHT. DENN AUS DER BEFUGNIS, IN ERFÜLLUNG UND AUSGESTALTUNG DES VERFASSUNGSRECHTLICHEN FÖRDERAUFTRAGS DIE EHE GEGENÜBER ANDEREN LEBENSFORMEN ZU PRIVILEGIEREN, LÄSST SICH KEIN

IN ART. 6 ABS. 1 GG ENTHALTENES GEBOT HERLEITEN, ANDERE LEBENSFORMEN GEGENÜBER DER EHE ZU BENACHTEILIGEN. ES IST VERFASSUNGSRECHTLICH NICHT BEGRÜNDBAR, AUS DEM BESONDEREN SCHUTZ DER EHE ABZULEITEN, DASS ANDERE LEBENSGEMEINSCHAFTEN IM ABSTAND ZUR EHE AUSZUGESTALTEN UND MIT GERINGEREN RECHTEN ZU VERSEHEN SIND. HIER BEDARF ES JENSEITS DER BLOßEN BERUFUNG AUF ART. 6 ABS. 1 GG EINES HINREICHEND GEWICHTIGEN SACHGRUNDES, DER GEMESSEN AM JEWEILIGEN REGULINGS- GEGENSTAND UND -ZIEL DIE BENACHTEILIGUNG ANDERER LEBENSFORMEN RECHTFERTIGT. "

WIR HATTEN ERWARTET, DASS DAMIT DIE WEICHEN FÜR ENTSPRECHENDE, IM RAHMEN DER DIENSTRECHTSREFORM ZU TREFFENDEN ENTSCHEIDUNGEN GESTELLT WÄREN, UND HATTEN DARÜBER JA AUCH AUSFÜHR- LICHT MIT IHNEN GESPROCHEN.

LEIDER IST DIES ABER IN DEM ZUR ANHÖRUNG FREIGE- GEBENEN ENTWURF DER DIENSTRECHTSREFORMGESETZGEBUNG NOCH NICHT DER FALL. DIE ENTSPRECHENDEN TEILE DER GESETZENTWÜRFE SIND ZWAR VORBEREITET, ABER NOCH NICHT IN DEN DIENSTRECHTSREFORMGESETZENTWURF INTEGRIERT.

WIR WERDEN UNS ABER MIT ALLER ENTSCHIEDENHEIT DAFÜR EINSETZEN, DASS IM RAHMEN DER DIENSTRECHTSREFORM DIE ENTSPRECHENDEN ENTSCHEIDUNGEN GETROFFEN WERDEN, UND GEHEN DAVON AUS, DASS WIR HIERÜBER SCHLIEßLICH AUCH EIN EINVERNEHMEN MIT DEM KOALITIONSPARTNER WERDEN HERSTELLEN KÖNNEN. WIR SEHEN UNS DABEI AUCH DURCH DEN VERLAUF DER GESETZGEBUNG IN HESSEN UND BAYERN BESTÄRKT.

ICH BEDAUERE, IHNEN HEUTE KEINE BESSERE NACHRICHT GEBEN ZU KÖNNEN UND SIE INSOWEIT NOCH FÜR EINIGE ZEIT UM GEDULD BITTEN ZU MÜSSEN.

QUELLE: MAIL LSVD

WEITERE VORGEHENSWEISE:

DER VORSTAND WIRD IN DER KW 21 AN ALLE LANDTAGSABGEORDNETEN DER CDU UND DER FDP EINEN RUNDBRIEF SENDEN, FERNER WIRD AUF DIE PROBLEMATIK IN EINER PRESSEMITTEILUNG EINGEGANGEN.

- **Bachelorarbeit**

Ein Student der HfPol schreibt eine Bachelorarbeit zum Thema `Homophobie in der Polizei` hierzu erhält er Unterstützung von VelsPol-BW e.V. . Die ausgearbeiteten Fragebögen werden rechtzeitig allen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung gestellt. Hierzu wurde bereits von Seiten des Vorstandes mit dem Innenministerium Kontakt aufgenommen.

- **Bodenseetreffen –Feedback-**

Im Rahmen des Bodenseetreffens wurde vom ORF eine Reportage zum Thema `Homosexualität` in der Polizei erstellt. Der Beitrag kann auf unserer Homepage unter Download/ Presseinfo angesehen werden. www.velspol-bw.de/3.html (Der Link führt zu YOUTUBE)

Nächster Stammtisch **11.06.2010, 20.00 Uhr**
Cafe `Graf Eberhard`
Stuttgart

Der Vorstand

Unser Verein besteht nun seit mehr als 16 Jahren, seit Mitte des vergangenen Jahres wird nach jedem Stammtisch eine `Monatsinfo` veröffentlicht. Damit sollen auch diejenigen Mitglieder an der aktiven Arbeit des Vereines beteiligt werden, die die Stammtischtermine nicht wahrnehmen können.

Die `Monatsinfo` wird ab dieser Ausgabe durch den VelsPol-BW e.V.- NEWSLETTER abgelöst damit können aktuelle Informationen schneller transportiert werden.



THEMEN

[Dienstrechtsreform](#)

[Landtagsanfrage](#)

[CSD Stuttgart](#)

[Infostand Hocketse Stuttgart](#)

[Rückblick Bodenseetreffen](#)

[Infos zum Bundesseminar](#)

[Infos zur Fortbildungsveranstaltung bei der Justiz](#)

[Gemeinnützigkeit](#)

[Karten CSD-Gala Stuttgart](#)

[Termine](#)

[National / International](#)

DIENSTRECHTSREFORM

Am 17.06.2010 fand bzgl. der bevorstehenden Dienstrechtsreform ein Gespräch zwischen dem DGB und Staatsminister Rau in Stuttgart statt. Vom DGB wurde die Forderung nach Gleichstellung von Lesben und Schwulen im Dienstrecht eingebracht.

Wer von den Vereinsmitgliedern hat bereits den Klageweg gegen das Land beschritten bzw. trägt sich mit diesem Gedanken? Zur Erlangung einer Übersicht wäre der Vorstand dankbar, wenn sich diejenigen KollInnen melden würden. Eine organisierte `Sammelklage` wäre natürlich auch vorstellbar.

Am Samstag 19.06.2010 tagte die Projektgruppe Lesben und Schwule bei B90/ Die Grünen in Karlsruhe, der Vorstand Thomas Ulmer hat an dieser Besprechung teilgenommen. Der

Vorstand von VelsPol-BW e.V. wurde beauftragt, die Formulierung des Themas Dienstrecht/ Gleichstellung für das Landtagswahlprogramm 2011 zu verfassen.

LANDTAGSANFRAGE

Die Landtagsfraktion B90/ Die Grünen haben eine Landtagsanfrage zum Thema `HateCrime` gestellt, derzeit wird die Anfrage durch das Innen-/ Justiz/ und Kultusministerium beantwortet. Ersten Informationen zur Folgen liegen dem Land nicht viele bzw. gar keine Daten vor.

Ob das Innenministerium die Diplomarbeit von Volker für die Beantwortung heranzieht muss abgewartet werden, der Vorstellungstermin beim Ministerium steht noch aus.

CSD STUTT GART

Danny plant für dieses Jahr wieder einen CSD-Truck, hierzu werden noch AufbauhelferInnen (Freitag 30.07.2010) und natürlich `MitfahrerInnen` bei der CSD-Parade in Stuttgart am 31.07.2010 gesucht.

Damit die Planungsarbeit nicht umsonst ist, bitten wir um kurze Anmeldung per eMail an: Vorstand@velspol-bw.de.

INFOSTAND HOCKETSE STUTT GART

Die Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart findet am Sonntag den 01.08.2010 statt. VelsPol-BW e.V. wird wieder mit einem Infostand vertreten sein, hierfür sollten sich Vereinsmitglieder für die Standbetreuung, aber auch für den Auf- und Abbau melden. Die Standbetreuung wird sich auf ca. 2 Stunden am Sonntag belaufen. Der Aufbau beginnt ab ca. 11.00 Uhr.

Anmeldung bitte an: Vorstand@velspol-bw.de

RÜCKBLICK BODENSEETREFFEN

Am Bodenseetreffen haben KollegInnen aus Österreich, der Schweiz und aus Deutschland (BaWü/ BY) teilgenommen. Am Samstag berichtete der Polizeikommandant der Kantonspolizei Basel über seine Erfahrungen als schwuler Polizeikommandant (vgl. Polizeipräsident).

Das österreichische Fernsehen drehte einen Bericht über das Treffen bzw. über die Thematik `Homosexuelle in der Polizei`, der Filmbeitrag kann auf unserer Homepage bzw. bei Youtube aufgerufen werden.

Der Bericht schildert u.a. die sehr schwierige Situation in Vorarlberg.

INFOS ZUM BUNDESSEMINAR

Die Anmeldung für das Bundesseminar 2010 (21.-24.10.2010) hat begonnen, zwischenzeitlich liegen schon reichlich Anmeldungen vor. Nähere Einzelheiten sind auf der Homepage www.velspol.de eingestellt.

INFOS ZUR FORTBILDUNGSVERANSTALTUNG BEI DER JUSTIZ

Am 31.05.2010 fand in der Bauernschule in Bad Waldsee eine Fortbildungsveranstaltung der

Justizschule Baden-Württemberg zum Thema Homosexualität statt. Die Veranstaltung wurde überaus positiv aufgenommen und erstreckte sich aufgrund des großen Interesses auf 4 Stunden.

Eine Fortsetzung ist geplant, eine Anfrage für eine Unterrichtseinheit bei JVA-Insassen wurde angefragt, aber noch nicht zugesagt.

GEMEINNÜTZIGKEIT

Nachdem von Seiten des Amtsgerichts Stuttgart (AG) zum Jahresende 2009 im Zusammenhang mit unserer Änderung im Vereinsregister erheblich Druck gemacht wurde, hat sich das AG nun sehr lange Zeit gelassen bis alle Änderungen eingetragen wurden.

Bei der Bezahlung der Gebühren wurde der Vorstand verwundert gefragt warum wir nicht 'gemeinnützig' wären. Aus diesem Anlaß hat der Vorstand beim Juni-Stammtisch beschlossen das Gemeinnützigkeitsverfahren einzuleiten.

Wer hat diesbezüglich Erfahrung und kann den Vorstand unterstützen?

KARTEN CSD-GALA STUTTGART

Die CSD-Organisation bietet wieder Eintrittskarten zu einem reduzierten Vereinspreis (35 Euro) an. Wer Interesse an einer Eintrittskarte für die CSD-Gala am Samstag 24.07.2010 hat soll sich bitte per eMail Vorstand@velspol-bw.de melden.

Rückmeldung bitte bis 28.06.2010.

NATIONAL / INTERNATIONAL

Bayern: VelsPol-BY wird mit einem Infostand beim CSD in München vertreten sein.

Wien: Am Mittwoch 30.06. beginnt die 5. EGPA-Konferenz in Wien und endet mit der Teilnahme an der Regenbogen-Parade.

London: Die neue Regierung von Großbritannien hat als erste Sparmaßnahme die Unterstützung der Partnerorganisation GPA (GayPoliceAssociation) eingestellt.

TERMINE

Der nächste Stammtisch findet am Freitag, den 09.07.2010 um 20.00 Uhr im 'Café Graf Eberhard' statt.



Café Graf Eberhard
Nesenbachstraße 52
70178 Stuttgart
0711 245072

CSD Stuttgart – Rathausempfang 16.07.2010, 19:00 Uhr

CSD Stuttgart – Gala 24.07.2010

CSD – Stuttgart – Parade 31.07.2010

CSD Stuttgart – Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart 01.08.2010

VelsPol-BW e.V.
Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.,
Weissenburgstr. 28 A, 70180 Stuttgart, +4915226055577, www.velspol-bw.de

...werde Mitglied

BELÄSTIGUNG UNTERSCHIEDLICHE
ÄNGSTE VERSORGUNG
GLEICHSTELLUNG AKZEPTANZ
DIVERSITY STATT SCHEINLEBEN
SUIZID TOLERANZ
DEPRESSIONEN VORURTEILE
BENACHTEILIGUNG



Mitgliedsantrag

☐ Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
☐ Fördermitgliedschaft

Name Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

E-Mail

Telefon / Jahresbeitrag Euro

☐ **Einzugsermächtigung**
Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

☐ **ich überweise**
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Konto-Nr.:

BLZ:

Kreditinstitut

**Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de**

Datum, Unterschrift



EGPA-Konferenz 2010 Teilnehmer aus Deutschland

THEMEN

[Dienstrechtsreform](#)

[VelsPol-Truck CSD-Stuttgart 2010](#)

[Infostand Hockeise Stuttgart 2010](#)

[Neuer Intranetauftritt von VelsPol-BW in P-Online](#)

[Infos zum Bundesseminar 2010](#)

[Dank für Unterstützung](#)

[Rückblick EGPA-Konferenz in Wien 2010](#)

[National / International](#)

[Termine](#)

DIENSTRECHTSREFORM

Seit Anfang vergangener Woche liegt der schriftliche Gesetzentwurf zur Dienstrechtsreform in Baden-Württemberg vor. Wie zu erwarten war werden eingetragenen Lebenspartnerschaften nicht erwähnt. Ebenfalls in dieser Woche hat der Landtag in München die vollständige Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft im Beamtenrecht beschlossen, das Gesetz tritt zum 01.01.2011 in Kraft.

Im Gegensatz zur Beamtenregelung ist beabsichtigt eingetragenen Lebenspartnerschaften im neuen Abgeordnetengesetz von Baden-Württemberg zu berücksichtigen. Der Vorstand wird

den Kontakt zum LSVD in Baden-Württemberg in dieser Sache intensivieren. Die Dienstrechtsreform wird auch auf und am CSD-Truck thematisiert.

VELSPOL-BW - TRUCK CSD STUTTAGRT

Zwischenzeitlich konnten mehrere Sponsoren für den CSD-Truck gewonnen werden, damit ist die Finanzierung gesichert. Dennoch haben wir auf der letzten Stammtischsitzung beschlossen, dass wir einen Unkostenbeitrag von 10 Euro pro TeilnehmerIn erheben, damit kann auch die Verpflegung (Getränke usw.), die Teilnahmegebühren (GEMA) und die Druckkosten für die politischen Aussagen am Truck bezahlt werden.

Alle MitgliederInnen, deren Freundinnen und Freunde sich herzlich eingeladen den Truck `zu bevölkern`.

Die Parade findet am Samstag 31.07.2010 ab 16.00 Uhr statt, die Aufstellung erfolgt ab 13.00 Uhr in der Tübinger Str., unsere Startnummer ist uns leider noch nicht bekannt, diese wird kurzfristig per eMail veröffentlicht. VelsPol-T-Shirts sind mehr vorhanden, bitte dunkelblaue T-Shirts oder Polo-Shirts mitbringen.

Da nur eine bestimmte Anzahl von Personen auf dem Truck mitfahren dürfen bitten wir um Anmeldung unter vorstand@velspol-bw.de.

INFOSTAND HOCKETSE STUTTGART

Die Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart findet am Sonntag den 01.08.2010 statt. VelsPol-BW e.V. wird wieder mit einem Infostand vertreten sein, hierfür sollten sich noch weitere Vereinsmitglieder für die Standbetreuung nach 13.00 Uhr melden. Die Standbetreuung wird sich auf ca. 2 Stunden belaufen, der Auf- und Abbau ist bereits gesichert.

Anmeldung bitte an: vorstand@velspol-bw.de

NEUER INTRANETAUFTTRITT VON VELSPOL-BW IN P-ONLINE

Auf Anregung eines Referenten beim Innenministerium hat uns die Online-Redaktion von P-Online in Freiburg eine ganze Seite zur Verfügung gestellt. Hier können Fachinformationen zum Thema Homosexualität eingestellt werden.

Bisher war unser Flyer nur schwer auffindbar, nun steht uns ein eigener Link und mehr Platz zur Verfügung.

Ich bitte insbesondere die Frauen uns Infomaterial zukommen zu lassen, damit auch die Frauenthemen stärker in Vordergrund treten.

INFOS ZUM BUNDESSEMINAR

Das Innenministerium hat am vergangenen Freitag das Einladungsschreiben zum Bundesseminar 2010 mit der Empfehlung zur Gewährung von Sonderurlaub an die Dienststellen verschickt. Die Unterlagen zum Seminar werden in der kommenden Woche ins Intranet / P-Online eingestellt. Das Schreiben des IM ist dem Newsletter angehängt.

DANK FÜR UNTERSTÜTZUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Umfrage „Gewalt gegen Schwule“ war ein voller Erfolg, zumal der Rücklauf wie auch die freitextlichen Beiträge sehr umfangreich und kreativ waren. Die hieraus entstandene Diplomarbeit wurde sehr umfangreich (incl. Anhang über 327 Seiten!).

Nun, nachdem ich mein Studium erfolgreich beendet habe und wieder im täglichen Dienst integriert bin, habe ich mit der Nachbereitung der Umfrage begonnen. Selbige möchte ich mit einem großen

DANKE

an all diejenigen beginnen, die mich durch ihre Teilnahme an der Umfrage unterstützt hatten. Ohne deren Bereitschaft, wie auch dem mir entgegengebrachten Vertrauen, wäre die Umfrage unbedeutsam und nicht repräsentativ geworden. Umso mehr bin ich nun bemüht, dass die geleisteten Bemühungen nicht umsonst waren.

Demnächst werden ich die Ergebnisse der Umfrage offiziell in „höheren Etagen“ der Polizei Baden-Württemberg vorstellen. Anschließend werde ich die Ergebnisse, wie auch die Reaktion der oberen Führung hierauf, veröffentlichen.

Die Veröffentlichung wird über die Medien die sich beteiligt haben, wie auch über diese Homepage (www.velspol-bw.de) beginnen.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Bettermann

Polizeikommissar

RÜCKBLICK EGPA-KONFERENZ WIEN 2010



An der Konferenz, die nach Amsterdam, Stockholm, London und Barcelona zum 5. Mal stattfand, haben aus Deutschland insgesamt 14 Kollegen teilgenommen, leider war keine Frau dabei.

In Workshops und Vorträgen wurden u.a. Themen wie Menschenrechte, Gleichbehandlungsgesetz, professioneller Umgang mit Opfern von antihomosexueller Gewalt, Medienarbeit, Out bei der Polizei, LGBT-Netzwerke, HateCrime, Diversity usw. diskutiert. Besonders hervorzuheben ist die glänzende und tolle Organisation der Konferenz durch die GayCopsAustria und dessen Präsidenten Ewald Widi.

An der Regenbogenparade nahmen insgesamt 60 Kolleginnen und Kollegen teil, beeindruckend war die Reaktion der Bevölkerung auf die uniformierten Kolleginnen und Kollegen aus Großbritannien, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und aus Norwegen.

Von besonderem Wert sind die über Grenzen hinweg geknüpften Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen.

Die nächste Konferenz soll in Dublin oder Oslo im Jahr 2012 stattfinden, der genaue Veranstaltungsort wird auf dem Boardmeeting in Rom im Oktober festgelegt.

Nachstehend einige Pressemeldungen und Bilder zur Konferenz.

Videos zur Konferenz (ORF):

http://www.gaycopsaustria.at/new/HerzlichWillkommen_1.html

Presseveröffentlichung BMI Wien

European-Gay-Police –Association-Conference in Wien

Die Wiener Polizeivizepräsidentin Dr. Michaela Kardeis eröffnete am 1. Juli 2010 die European-Gay-Police-Association-Conference in Wien. Die Wiener Polizei präsentierte dabei eine Kampagne, durch die Berührungängste Homosexueller mit der Polizei bekämpft werden sollen.

"Eigentlich sollte es eine Organisation wie die Gay-Cops gar nicht geben müssen, weil es selbstverständlich ist, dass die Polizei die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt", sagte die Wiener Polizeivizepräsidentin Dr. Michaela Kardeis bei der Eröffnung der 5. European-Gay-Police-Association-Conference am 1. Juli 2010 in Wien. Die Polizei stehe als größte Menschenrechts-Schutzorganisation für die Verhinderung der Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender-Personen.

Bei der zwei Tage dauernden Konferenz werden in Vorträgen und Workshops Themen behandelt, wie diskriminierender Sprachgebrauch oder entsprechendes Arbeitsumfeld. Die Wiener Polizei stellt eine Kampagne vor, durch die Berührungängste Schwuler und Lesben mit der Polizei bekämpft werden sollen.

Organisiert wurde die Konferenz von den Gay-Cops Austria, der österreichischen Schwulen-und-Lesben-Vereinigung in der Polizei. Die Initiative gibt es seit fünf Jahren; als Verein sind die Gay-Cops seit 2007 eingetragen. Obmann ist der Wiener Polizist Ewald Widi.

Presseveröffentlichung EGPA Internet

5th European Gay Police Conference in Vienna



July 10th, 2010

The 30th June 2010 saw the opening of the 5th European Gay Police Association Conference, held this year in Vienna. Based at the Renaissance Marriott Hotel and organised by Ewald Widi, president of GayCops Austria, the conference was attended by 120 delegates from across Europe and beyond.

Belgium and Hungary attended this year for the first time. The conference and the EGPA is now represented by most western European countries except for Finland, Denmark, Greece and Luxembourg. The attendance of our first Eastern European country was a fantastic step forward. The Hungarian delegation was joined by a member of a human rights organization who is supporting the development of a Hungarian gay police network.

Workshops on a number of interesting and relevant topics were held. Areas such as same-sex domestic violence, policing hate crimes and practical steps to start and maintain gay police groups were covered. Best practices and policies were discussed. Presentations from a variety of professional speakers discussed both LGB and Trans issues in a policing context.

The welcome afforded to the delegates by the Austrian Police Force was second to none, the venue and networking opportunities were perfect to ensure the success of such a conference. For those looking to lose weight, however, the food may just have proved too tempting and plentiful!

The parade closed on Friday afternoon and a social evening was provided generously by the host police force, hours of entertainment and great food was enjoyed by all. On Saturday many from the delegation, in uniform and gay police t-shirts, made the long but sunny and enjoyable walk through Vienna's beautiful streets in the Regenbogenparade (Rainbow parade).

Sadly this was the last European Gay Police Conference to be attended by the President Jan Snijder who has been the leader of the EGPA since it started. His leadership and dedication have helped many countries develop LGBT police networks. Ireland, Spain, Portugal and Italy are just some of the countries that the EGPA has helped under Jan's leadership. And every network created helps support many police officers and LGBT victims of crime. New elections for board positions will be held in Rome this year. Photographs of the event are available for members on the 'EuroGayPoliceAssociation' Facebook page.



Pressekonferenz
Eröffnungsveranstaltung







Regenbogenparade

NATIONAL / INTERNATIONAL

Bayern: VelsPol-BY wird am 14.08.2010 beim CSD in Augsburg bei einer Talk-Runde vertreten sein

Italien: Das nächste EGPA-Boardmeeting wird am 08.10.2010 in Rom stattfinden. Die italienischen KollegInnen sind mit dem Thema HateCrime und TransCrime an die Regierung herantreten, ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

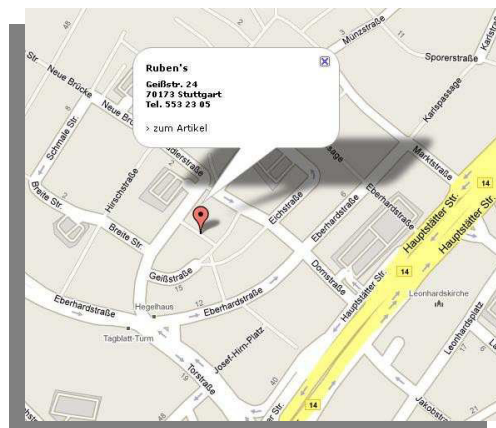
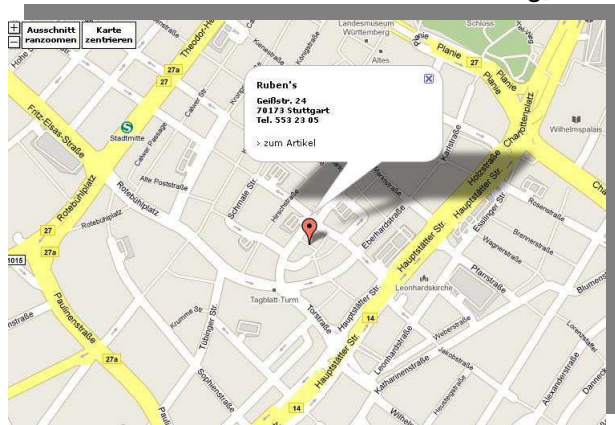
Magstadt/ Böblingen/ Rüsselsheim: Die Polizeidirektion Böblingen warnt vor einer Person die am Ostersamstag auf einem Parkplatz in der Nähe von Magstadt einen Homo erschossen hat, zwischen liegt ein Tatzusammenhang mit einem weiteren Homomord im Großraum Rüsselsheim vor.

Die Pressemeldung der PD BB ist diesem Newsletter angehängt.

TERMINE

Neu

Der nächste Stammtisch findet am Freitag, den 13.08.2010 um 20.00 Uhr im `RUBENS` statt.



RUBENS
Geißstr. 24
70173 Stuttgart

CSD Stuttgart – Gala 24.07.2010

CSD-Podiumsdiskussion 26.07.2010 `Out am Arbeitsplatz – schön wärs` im Cafe Schlossblick, Stuttgart, König-/ Bolzstr.

Moderation Stefanie Germann (SWR)

Teilnehmer: Uta Menges IBM Germany/ Switzerland; Domenic Frohn Coach Mediator Köln;

Stefan Fischer Daimler Mitarbeiternetz; **Thomas Ulmer** Mitarbeiternetzwerk VelsPol-BW e.V.

CSD – Stuttgart – Parade 31.07.2010

CSD Stuttgart – Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart 01.08.2010

VelsPol-BW e.V.

Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.,
Weissenburgstr. 28 A, 70180 Stuttgart, +4915226055577, www.velspol-bw.de

...werde Mitglied



BELÄSTIGUNG UNTERSCHIEDLICHE
ANGSTE VERSORGUNG
GLEICHSTELLUNG AKZEPTANZ
DIVERSITY STATT SCHEINLEBEN
SUIZID TOLERANZ
DEPRESSIONEN VORURTEILE
BENACHTEILIGUNG

Mitgliedsantrag

- ☐ Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
☐ Fördermitgliedschaft

Name Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

E-Mail

Telefon ____/____ Jahresbeitrag **15,00** Euro

☐ Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.:

BLZ:

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift

☐ ich überweise

auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de

CSD Stuttgart 2010
CSD Stuttgart 2010
Hocketse 2010
Hocketse 2010
Rückblick
Rückblick



THEMEN

[Dienstrechtsreform](#)

[Info zur Gleichstellung](#)

[Gespräch mit dem Innenministerium \(Planung\)](#)

[Infos zum Bundesseminar](#)

[Umfrage zu Gewalt- und Mehrfachdiskriminierung von lesbischen Frauen und Trans-Menschen](#)

[Rückblick auf die Talk-Runde bei GL@D](#)

[Rückblick auf den CSD Stuttgart 2010](#)

[Feedback zum gemeinsamen Infostand mit der Polizeidirektion Böblingen \(Mord Magstadt\)](#)

[National / International](#)

[Termine](#)

DIENSTRECHTSREFORM

Pressemitteilung VelsPol-BW e.V. veröffentlicht u.a. in GdP-digital, in Kooperation mit dem LSVD

Erste Lesung des Gesetzes zur Dienstrechtsreform im Landtag Baden-Württemberg

Der Bundes- und Landesverband des MitarbeiterNetzwerkes VelsPol-Baden-Württemberg e.V. (Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter) begrüßt, dass bei der heutigen 1. Lesung im Landtag zur Dienstrechtsreform das Thema Gleichstellung der verpartnerten Beamten/innen mit Ihren verheirateten Kollegen zur Sprache kam.

Bisher wird verpartnerten Beamten unter anderem der Familienzuschlag und die Hinterbliebenenversorgung verweigert.

Sowohl die SPD wie auch die Grünen haben nochmals auf die höchsttrichterliche Rechtsprechung hingewiesen und die Landesregierung aufgefordert die Gleichstellung umzusetzen, zumal dies in fast allen anderen Bundesländern insbesondere auch in Bayern bereits geschehen ist oder in den anstehenden Reformen berücksichtigt werden soll.

Der von den CDU/FDP-Fraktionen eingebrachte Entwurf zur Dienstrechtsreform sieht eine Gleichstellung nicht vor. Vor diesem Hintergrund muss die Doppelmoral der Koalition hervorgehoben werden, denn im verabschiedeten neuen Abgeordneten-Gesetz wurde genau diese Forderung der Opposition berücksichtigt.

VelsPol-BW setzt darauf, dass sich auch bei der Dienstrechtsreform die Vernunft durchsetzt, die Landes-FDP sich zu ihren bisherigen Äußerungen bekennt, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 7.9.09 umgesetzt wird und die umfassende Gleichstellung auch für Beamte in Baden-Württemberg eingeführt wird.

Thomas Ulmer

Bundesvorstand

Landesvorstand Baden-Württemberg

INFO ZUR GLEICHSTELLUNG

Karlsruhe (dpa) - Die Benachteiligung homosexueller Lebenspartner gegenüber Ehepaaren bei der Erbschaftssteuer ist verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem am Dienstag (17. August) bekanntgegebenen Beschluss entschieden.

Es sei mit dem allgemeinen Gleichheitssatz nach Artikel 3 Grundgesetz unvereinbar, homosexuelle Lebenspartner beim persönlichen Freibetrag und beim Steuersatz schlechter zu stellen (Aktenzeichen 1 BvR 611/07 und 1 BvR 2464/07).

Die Privilegierung der Ehegatten gegenüber den Lebenspartnern im Recht des persönlichen Freibetrags lasse sich nicht allein mit dem besonderen staatlichen Schutz von Ehe und Familie rechtfertigen, hieß es. Lebenspartner lebten «wie Ehegatten in einer auf Dauer angelegten, rechtlich verfestigten Partnerschaft». Auch sie hätten die Erwartung, den gemeinsamen Lebensstandard halten zu können, falls ihr Partner stirbt.

Das Verfassungsgericht gab den Verfassungsbeschwerden eines Mannes und einer Frau statt, deren jeweilige Lebenspartner 2001 und 2002 gestorben waren. Nach dem Entwurf der Bundesregierung zum Jahressteuergesetz 2010 ist eine vollständige Gleichstellung von Lebenspartnern und Ehegatten im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht beabsichtigt. Der Gesetzgeber muss nun jedoch eine verfassungskonforme Regelung für Altfälle schaffen.

GESPRÄCH MIT DEM INNENMINISTERIUM (PLANUNG)

Das Jahresgespräch beim Innenministerium findet voraussichtlich am 14.10.2010 statt. Geplante Themen: Situation von Lesben und Schwulen in der Polizei, Homophobie und Vorstellung der Dipl.-Arbeit von Koll. Bettermann.

INFOS ZUM BUNDESSEMINAR

Für das diesjährige Bundesseminar können noch Teilnahmeplätze gebucht werden, die Einzelzimmer sind leider schon ausgebucht. Die Anträge bei der Bundeszentrale für politische Bildung im Hinblick auf Einstufung als Fortbildungsveranstaltung wurden gestellt. Das Motto wird 20 Jahre Wiedervereinigung sein.

UMFRAGE ZU GEWALT- UND MEHRFACHDISKRIMINIERUNG VON LESBISCHEN FRAUEN UND TRANS-MENSCHEN

Fragebogen zu Gewalt- und Mehrfachdiskriminierungserfahrungen von lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans* Menschen in Deutschland ab dem 3.August 2010 online!

Am 3.August 2010 startete die Kampagne von LesMigraS- dem Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e.V. mit einem Fragebogen zu dem Thema Gewalt- und Mehrfachdiskriminierungserfahrungen von lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans* Menschen(LBT*). Ziel der Kampagne ist es, durch eine quantitative Untersuchung, die durch qualitative Interviews ergänzt wird, Daten zu Häufigkeit, Art und Ursache von Gewalt gegen Lesben, bisexuelle Frauen und Trans* zu erheben. Ein besonderer Schwerpunkt der Befragung wird auf die merkmalsübergreifende Diskriminierung, sprich die Mehrfachdiskriminierung, gelegt. Im Fokus stehen dabei vor allem die Dimensionen, Homophobie, Rassismus und Transphobie.

Wir möchten alle Menschen zur Teilnahme motivieren, die sich mit der lesbischen oder bisexuellen Lebensweise identifizieren. Als lesbische oder bisexuelle Frau oder Trans*, als Trans*Mensch, der früher einmal lesbisch gelebt hat oder als Trans*Mensch, der sich mit der lesbischen Lebensweise identifiziert.

Die Ergebnisse der Studie sollen dazu beitragen:

- eine Vorstellung von den Erfahrungen von lesbischen und bisexuellen Frauen und Trans* mit und ohne Rassismuserfahrungen zu bekommen
- diese Erfahrungen in verschiedensten gesellschaftlichen Kontexten sichtbar zu machen
- Beratungs- und Unterstützungsangebote zu verbessern.

Der Fragebogen ist zu finden unter: www.lesmigras.de

RÜCKBLICK AUF DIE TALK-RUNDE BEI GL@D

Der Vorstand war auf der Veranstaltung vertreten, Thomas Ulmer war als Gast auf dem Podium, die Gespräche wurden von der SWR-Moderatorin Staphanie German geleitet. Neben Erfahrungen im Bereich Diversity, Gleichstellung usw. in weltweit vertretenen Industriebetrieben (Daimler, IBM und FORD) wurde auch die Situation in der Verwaltung angesprochen und diskutiert. Die Diskussion zeigte dass hier für die Landesverwaltung doch noch erheblich Handlungsbedarf besteht.

Die Veranstaltung, die im Cafe Schloßblick im Rahmen der CSD-Programmwoche stattfand wurde von ca. 130 Zuhörern besucht.

RÜCKBLICK AUF DEN CSD STUTTART 2010

Danke
Danke

Bei strahlendem Sonnenschein zogen mehr als 60 Gruppen am 31.07.2010 beim 10. CSD durch die Stuttgarter Innenstadt. Wie angekündigt war VelsPol-BW e.V. wieder mit einem Truck dabei. Insgesamt 30 Kolleginnen und Kollegen, sowie der Präsident der GayCops (Schweiz) feierten und demonstrierten für eine Gleichstellung von Lesben und Schwulen in der Gesellschaft und im Dienstrecht. Anfänglich wurde unser Truck von einem Kamerateam des SWR begleitet. Fast wäre die musikalische Begleitung auf dem Truck ins Wasser gefallen, da ein Kupplungsstück für die Soundanlage fehlte, die längjährige `Polizeifreundin Lex` hat aber 10 Minuten vor Beginn der Parade das Ganze noch gerettet.

Danke insbesondere auch an die Organisatoren Danny, Siggie und Thilo und an alle Sponsoren, denn auch in diesem Jahr konnten wir den Truck wieder mittels Sponsorengelder finanzieren.

Ein Fernsehbericht des SWR (Baden-Württemberg aktuell) zum Thema Dienstrechtsreform ist auf unserer Homepage abrufbar.

FEEDBACK ZUM GEMEINSAMEN INFOSTAND MIT DER POLIZEIDIREKTION BÖBLINGEN

Auf der Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart am 01.08.2010 war gemeinsam mit VelsPol-BW e.V. auch die Polizeidirektion Böblingen vertreten. Kolleginnen und Kollegen der SOKO Hölzertal informierten über den Homomord bei Magstadt und bei Rüsselsheim. Erwartungsgemäß war der entscheidende Hinweis nicht dabei, aber den Kolleginnen und Kollegen war es besonders wichtig auf der Veranstaltung präsent zu sein. Am späten Nachmittag war auch der Leiter der Kripo Böblingen am Infostand, ihm war aus der Erfahrung der Ermittlungen besonders wichtig auf der Veranstaltung Flagge zu zeigen, denn die Ermittlungen haben gezeigt, dass die Ängste in der Homoszene gegenüber der Polizei immer noch stark vorhanden sind.

Wie in jedem Jahr haben wir auch in diesem Jahr Polizei-Bären verkauft und konnten somit unsere Vereinskasse aufbessern. Danke an die HelferInnen am Infostand.





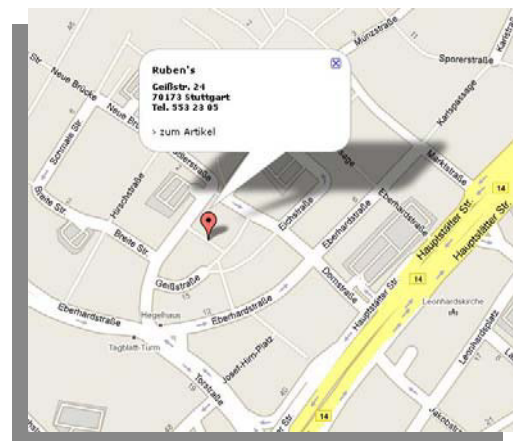
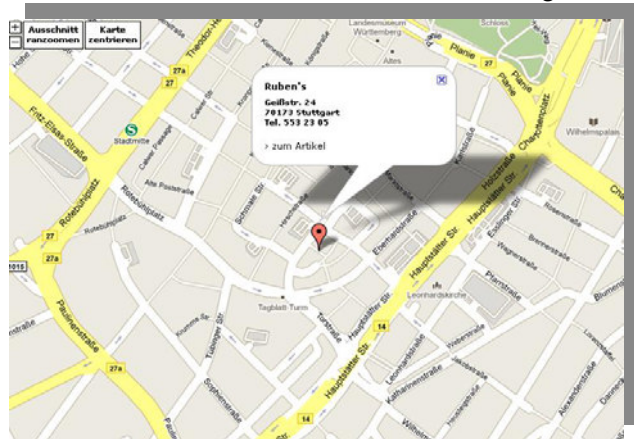
NATIONAL / INTERNATIONAL

Italien: Das nächste EGPA-Boardmeeting wird am 08.10.2010 in Rom stattfinden. Die italienischen KollegInnen sind mit dem Thema HateCrime und TransCrime an die Regierung herangetreten, ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

TERMINE

Neu

Der nächste Stammtisch findet am Freitag, den **10.09.2010** um 20.00 Uhr im `RUBENS` statt.



RUBENS
Geistr. 24
70173 Stuttgart

VelsPol-BW e.V.

Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.,
Weissenburgstr. 28 A, 70180 Stuttgart, +4915226055577, www.velspol-bw.de

...werde Mitglied



BELÄSTIGUNG UNTERSCHIEDLICHE
ANGSTE VERSORGUNG
GLEICHSTELLUNG AKZEPTANZ
DIVERSITY STATT SCHEINLEBEN
SUIZID TOLERANZ
DEPRESSIONEN VORURTEILE
BENACHTEILIGUNG

Mitgliedsantrag

- ☐ Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
☐ Fördermitgliedschaft

Name Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

E-Mail

Telefon / Jahresbeitrag **15,00** Euro

☐ Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.:

BLZ:

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift

☐ ich überweise

auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de



THEMEN

Mitgliederversammlung

Gemeinnützigkeit

Bewerbung – Wettbewerb aktiv für Demokratie und Toleranz

Dienstrechtsreform

Gleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften in der Zusatzversorgung

Infos zum Bundesseminar

Rückblick auf den CSD Stuttgart 2010 - GL@D-Veranstaltung

National / International

Termine

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die Mitgliederversammlung 2010 findet am 19.11.2010 um 20.00 Uhr im Rahmen eines gemeinsamen Essen statt. Das Restaurant wird noch rechtzeitig mit der Einladung bekanntgegeben.

GEMEINNÜTZIGKEIT

Aufgrund unserer vielfältigen Aktivitäten nicht nur im Umfeld der Polizei und gegen homophobe Gewalt beantragen wir beim Finanzamt die Gemeinnützigkeit, die geänderte Satzung soll auf der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Der geänderte Satzungsentwurf wird mit der Einladung zur Mitgliederversammlung verschickt.

BEWERBUNG – WETTBEWERB AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ



VelsPol-BW e.V. hat sich bei o.g. Wettbewerb mit verschiedenen Projekten gegen homophobe Gewalt und Förderung für mehr Toleranz beworben.

Beschreibung: Das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) sucht auch im zehnten Jahr seines Bestehens mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ nach vorbildlichen, zur Nachahmung geeigneten zivilgesellschaftlichen Projekten für eine demokratische und tolerante Gesellschaft. Demokratie bedeutet, sich in die eigenen Angelegenheiten im Land einzumischen; sie beginnt in der Familie, in der Schule, in der Freizeit. Wir wollen Einzelpersonen und Gruppen, die dort und anderswo das Grundgesetz auf kreative Weise mit Leben füllen, für ihr Engagement würdigen. Und wir wollen erfolgreiche Projekte bundesweit bekannt machen, um damit zur Umsetzung in anderen Regionen und thematischen Zusammenhängen anzuregen. Den preisgekrönten Initiativen und Projekten winken Geldpreise im Wert von 1.000 bis 5.000 € und eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit.

DIENSTRECHTSREFORM

STUTTGARTER NACHRICHTEN 24.9.2010

Stuttgart - Die Ehe ist für die CDU im Land ein Wert an sich - die Homo-Ehe aber nicht. Baden-Württemberg bleibt daher eines der letzten Bundesländer, das verpartnerten Beamten keinen Familienzuschlag zahlt.

Auf ihrer jüngsten Klausursitzung hat die CDU-Landtagsfraktion endgültig entschieden, im Rahmen der geplanten Dienstrechtsreform den Zuschlag (bis zu 121 Euro im Monat) nicht auf eingetragene Lebenspartnerschaften auszuweiten. "Es gibt rechtlich keine Notwendigkeit, da was zu machen", sagte ein Fraktionssprecher unserer Zeitung. Das Beamtenrecht des Landes sei auch in diesem Punkt durch die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gedeckt, nach der die Ehe zwischen Mann und Frau als Keimzelle einer Familie unterstützenswerter einzustufen sei als eine eingetragene Lebenspartnerschaft.

FDP bezeichnet Haltung der CDU als "spießig"

Vorangegangen war dem Beschluss der Fraktion eine rechtliche Prüfung des Sachverhalts durch das

Finanz- und Justizministerium, deren Ergebnis das Staatsministerium nun auch den anderen Fraktionen im Landtag zukommen ließ. In der Expertise, die unserer Zeitung vorliegt, kommt die Regierung zu dem Schluss, dass eine Gleichstellung verpartnerter Beamter im Bereich der Besoldung und Versorgung "rechtlich nicht zwingend" sei. Es sei jedoch nicht auszuschließen, dass das Bundesverfassungsgericht angesichts seiner jüngsten Rechtsprechung eine Gleichstellung "für geboten erachten könnte". Der Erste Senat des Karlsruher Gerichts hatte zuletzt eine Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenrente und im Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz beanstandet. Ob er diese Argumentation auch auf die Beamten übertragen wird, wird sich vielleicht schon in den nächsten Monaten zeigen. Entsprechende Klagen sind anhängig.

Die FDP hatte sich zuletzt offen für eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen gezeigt und die Haltung ihres Koalitionspartners CDU als "spießig" bezeichnet. Man wolle aber die umfassende Dienstrechtsreform, die vom Landtag im November beschlossen werden und Anfang 2011 in Kraft treten soll, wegen dieses einen Streitpunkts nicht noch scheitern lassen, heißt es aus der Fraktion. Zumal sich das Problem vermutlich bald von selbst erledige, weil das Verfassungsgericht voraussichtlich den klagenden Beamten recht geben werde.

Info der SPD-Fraktion: In der letzten Woche wurde das Gesetz im Bildungs- und Finanzausschuss beraten. In diesem Zusammenhang wurde auch jeweils über einen SPD-Antrag auf Gleichstellung abgestimmt. Die CDU votierte beide Male mehrheitlich ablehnend und die FDP enthielt sich.

Wie es also im Moment scheint, wird der Gesetzesentwurf seitens der Mehrheitsfraktionen nicht um die Gleichstellung ergänzt.

Mit der Fraktion der Grünen wurde folgendes abgesprochen, es werden erneut Änderungsanträge eingebracht, zunächst im federführenden Innenausschuss (voraussichtlich am 13. Oktober) und dann auch bei der Zweiten Lesung im Plenum.



DIENSTRECHTSREFORM

Ausgabe August 2010

Die DGB-Flugblattserie zur Dienstrechtsreform

*Reform ist,
wenn es besser wird*

DGB

“Weltoffenes” Baden-Württemberg mit roter Laterne? Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften - überall außer in Baden-Württemberg?

Die Landesregierung hat sich im Rahmen der Dienstrechtsreform auf den Weg gemacht, die Regelungsgrundlagen für Beamtinnen und Beamte im Land zu reformieren. Das Reformwerk soll modern und zeitgemäß sein und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes stärken. Die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften und die Umsetzung gültigen Rechts hatte man damit aber nicht im Sinn.

Reform ist, wenn es besser wird!

Dies muss auch für Beamtinnen und Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften gelten!

Die Dienstrechtsreform stellt eingetragene Lebenspartnerschaften nicht etwa der Ehe gleich, ganz im Gegenteil: Betroffene Beamtinnen und Beamte werden nur bei negativen Folgen, wie dem Versorgungsausgleich, Ehepartnern gleichgestellt.

Der DGB kritisiert dies und fordert eine konsequente Gleichstellung, die die Beihilfe, das Besoldungs- und Versorgungsrecht mit einbezieht.

Alles spricht dafür:

Der Europäische Gerichtshof hat 2008 festgestellt, dass eine Be-

nachteiligung von Lebenspartnern gegenüber Ehegatten bei der Hinterbliebenenversorgung eine Diskriminierung darstellt und somit gegen die EU-Richtlinie verstößt.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat im Juli 2009 einen Verstoß gegen das Grundrecht auf Gleichbehandlung nach Artikel 3 Abs. 1 GG im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenrente für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes festgestellt.

Der Bund hat für seine in Lebenspartnerschaft lebenden Beamtinnen und Beamten familien- und ehebezogene Regelungen geschaffen, die diese den in Ehe lebenden Beamtinnen und Beamten gleichstellt. Viele Bundesländer, so auch unsere Nachbarn in Bayern, zogen rechtlich die Gleichstellung für ihre Beamtinnen und Beamten nach. Die rote Laterne hängt im angeblich so weltoffenen Baden-Württemberg.

Unverständlich

Völlig unverständlich für den DGB ist, dass sich zwar die baden-württembergischen Parlamentarier im neu zu beschließenden Abgeordnetengesetz auf die Grundsätze des Urteils des Bundesverfassungsgerichts beziehen, Beamtinnen und

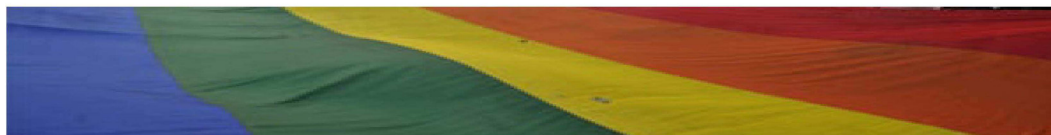
Beamte aber leer ausgehen. Sie haben eine Regelung bei den Hinterbliebenen getroffen, die auch eingetragene Lebenspartnerschaften berücksichtigt.

Der DGB bleibt am Ball:

Der DGB hat in allen Spitzengesprächen mit der Landesregierung oder den Landtagsparteien immer wieder die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften eingefordert. Die Antworten von Ministerialen oder der Landesregierung waren sehr einsilbig. Unterstützt wurde der DGB von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen. Auch in der FDP sieht man dem Vernehmen nach, die Zeit einer Gleichstellung für gekommen.

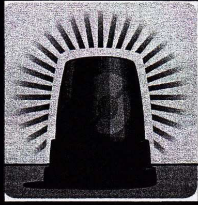
Das jüngste Urteil vom Juli 2010 des Verfassungsgerichts zum Erbschaftsrecht bei Lebenspartnerschaften macht Mut. Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sieht durch das Urteil „die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern in allen Bereichen befördert“. Es bleibt zu hoffen, dass dies auch in Stuttgart gehört wird.

Der DGB wird sich weiterhin für die volle rechtliche Gleichstellung von eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe einsetzen.



 **starkes** LAND **starke** GEWERKSCHAFTEN

V.i.S.d.P.: Marion v. Wartenberg, DGB Baden-Württemberg, Willi-Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart



Nr. 02/2010

Blaulicht

Informationen des Polizeibeirats

Baden -
Württemberg

SPD

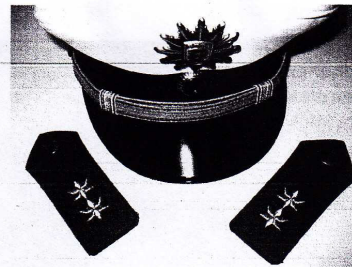
Dienstrechtsreform

Der Landtag von Baden-Württemberg berät derzeit ja bekanntlich die neue Dienstrechtsreform. Kernpunkte sind die Schaffung eines modernen Beamtenrechts, Baden-Württemberg wollte übrigens als erstes Land unter Günther Oettinger nach der Föderalismusreform sein Werk präsentieren. Wie es aussieht, sind wir eines der letzten Länder, die das Beamtenrecht regeln. Begrüßenswert sind die Stellenverbesserungen, die mit dem Nachtragshaushalt in Kraft traten. Welche Verbesserungen in den einzelnen Bereichen der Polizei möglich sind, kann aus den Schaubildern entnommen werden. Die insgesamt 2.163 Beförderungen können im Januar 2011 vorgenommen werden.

Was leider wieder nicht geregelt wurde, ist die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften. Man höre und staune, selbst Bayern, wie wir wissen von einer CSU/FDP-Koalition regiert, hat keine ideologischen Probleme mit der Gleichstellung. Nachdem das

Bundesverfassungsgericht beim Erbrecht eine Gleichstellung zwischen eingetragenen Lebenspartnerschaften und Ehen festgestellt hat, ist es nur eine Frage der Zeit, dass das neue baden-württembergische Beamtenrecht vom Verfassungsgericht in dieser Frage gekippt werden wird. Entweder sind Unverbesserliche, Ewiggestrige am Werk, oder ist in der Tat die Luft nach 14 Jahre CDU/FDP-Koalition in Baden-Württemberg heraus. Der Wähler hat ja in einem starken halben Jahr Gelegenheit etwas zu ändern.

Trotz Strukturverbesserungen dürfen wir aber eines nicht vergessen. Im Jahr 1997 trat die Kanter'sche Beamtenreform in Kraft. Verlängerung der Dienstalterstufen von zwei auf bis zu vier Jahren, Einführung der Leistungsstufen, Einführung von Leistungsprämie, Reduzierung der Pensionen von 75 % auf 71,75 %, Anhebung des Pensionsanspruchs von 35 auf 40 Jahre.



Noch nie hat das Land Baden-Württemberg die Leistungsprämie ausgezahlt! Die Leistungsstufenverordnung mit Möglichkeit der vorzeitigen Vergabe wird abgeschafft und damit die Strukturverbesserungen bezahlt. Ich stelle fest, dass die Beamtinnen und Beamten wieder einmal selbst die Verbesserungen von einem Teil bezahlen müssen, während die anderen nichts davon haben.

Martin Zerrinius

GLEICHBEHANDLUNG EINGETRAGENER LEBENSPARTNERSCHAFTEN IN DER ZUSATZVERSORUNG



**GEWERKSCHAFT
DER POLIZEI**

Gewerkschaft der Polizei • Stromstr. 4 • 10555 Berlin

An die

- Mitglieder der Großen Tarifkommission
- Landesbezirke und Bezirke
- Abt. im Hause

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen
kö/kl

Datum
27.08.2010

Gleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften in der Zusatzversorgung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der BGH hat entschieden, dass bei eingetragenen Lebenspartnerschaften nach dem Ableben des oder der Versicherten der Partnerin bzw. dem Partner Hinterbliebenenrente zu zahlen ist. Ob die eingetragene Lebenspartnerschaft bei den Startgutschriften anlässlich des Systemwechsels in der Zusatzversorgung bei der zugrunde zu legenden Steuerklasse zu berücksichtigen ist, wurde noch nicht entschieden.

Nach der Entscheidung des EuGH vom 01.04.2008 (Rs. C-267/06; ./, Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen) wegen Hinterbliebenenversorgung bei eingetragenen Lebenspartnerschaften, bei der sich das Gericht auf die Gleichbehandlungsrichtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.11.2000 stützte, hat die Gewerkschaftsseite bei dem Tarifgespräch zur Zusatzversorgung den Vertretungen von Bund/TdL/VKA im Dezember 2008 die Forderung vorgelegt, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft in den Tarifverträgen ATV/ATV-K gleichgestellt wird. Bekanntlich sind diese Verhandlungen seit März 2009 nicht weiter geführt worden.

Am 07.07.2010 hat der BGH, nachdem eine erste ablehnende Entscheidung durch das BVerfG am 07.07.2009 (1BvR 1164/07) aufgehoben und zurückverwiesen wurde, unter Aufgabe seiner bisherigen Rechtsprechung entschieden, dem Partner oder der Partnerin einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sei die satzungsgemäße Hinterbliebenenrente zu gewähren. Die Frage nach der bei der Startgutschrift als Ausgangsberrechnung zugrunde zu legenden Steuerklasse ist noch anhängig. Die Steuerklasse zum Stichtag entscheidet wesentlich über die Höhe der Rente.

Vorstand und Verwaltungsrat der VBL, der Prozessgegnerin der zuletzt

Mitglied der
European Confederation
of Police (EUROCOR)

Bundesvorstand
Bundesgeschäftsstelle Berlin

Alberdina Kömer

Stromstraße 4,
10555 Berlin

Telefon
+49 (0) 30 - 39 99 21 - 120

Telefax:
+49 (0) 30 - 39 99 21 - 211

Mobil
+ 49 (0) 172 - 2 57 62 20

E-Mail
alberdina.koemer@
gdp-online.de

www.gdp.de

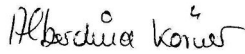
Konto
SEB AG
BLZ 300 101 11
Nr. 1 351 146 600

Commerzbank Hilden
BLZ 300 400 00
Nr. 6 304 133

angeführten Verfahren, entschieden am 3./4.Dezember 2009 im Wege einer vorläufigen Verfahrensweise, die bis zum Abschluss der Tarifverhandlungen und den sodann zu erfolgenden Satzungsänderungen gelten soll, eingetragene Lebenspartner-schaften bei der Hinterbliebenenrente gleichzustellen. Ob die anderen Zusatzversor-gungskassen diesem Beispiel gefolgt sind, ist im Einzelfalle zu prüfen.

Die Gewerkschaftsseite erwartet, dass die Tarifverträge und Satzungen europarechts-freundlich ausgelegt werden: die Gemeinschaft hat zur Aufgabe, Diskriminierungen „wegen der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen“ (EuGH vom 11.07.2006 Rs. C-13/05).

Mit freundlichen Grüßen
Der Bundesvorstand
i. A.



Alberdina Körner

INFOS ZUM BUNDESSEMINAR

Das Bundesseminar 2010 steht unmittelbar vor der Tür, erwartungsgemäß liegen nicht so viele Anmeldungen vor als in den vergangenen Jahren.

Baden-Württemberg ist wieder eines der teilnahmestärksten Landesvereine.

Mit den Teilnehmern und den Vertretern des Verbandstages (Delegierte der Landesverbände) sollen die Gründe hierfür erörtert werden. Aufgrund der vielen Veranstaltungen in einem Jahr (Bodenseetreffen, europ. Konferenz) soll auch über die Möglichkeit eines zweijährigen Intervalls für die Durchführung des Bundesseminars diskutiert werden.

Last Minute-Anmeldungen und weitere Informationen sind unter www.velspol.de abrufbar.

RÜCKBLICK AUF DEN CSD STUTTGART 2010 GL@D-VERANSTALTUNG

Daimler AG

Ausgabe No. 005 | August 2010

GL@D NEWSLETTER

GL@D – das interne Netzwerk für Gays Lesbians Bisexuals Transgenders bei Daimler

Ein Abend rund um das Thema „Out am Arbeitsplatz“ Großes Interesse an der 1. GL@D CSD-Veranstaltung

Im Vorfeld war es keineswegs klar. Umso größer war die Freude des GL@D-Organisationsteams über den großen Anklang, den die Veranstaltung „Out am Arbeitsplatz“ schließlich fand. Über 120 Gäste, nicht nur Mitarbeiter der Daimler AG, sondern auch von vielen anderen Stuttgarter Firmen, drängten sich im Café Schlossblick am 26. Juli um die kleine Bühne, die für eine Podiumsdiskussion aufgebaut war.

Als eine von knapp 90 Veranstaltungen im Rahmen der CSD-Woche 2010 war es auch die erste aktive Beteiligung einer Gruppe von Daimler an einem CSD, die zudem auch noch offiziell von der Firma unterstützt wurde.

Die Einleitung in den Themenabend übernahm folgerichtig auch Ursula Schwarzenbart, Leiterin des Global Diversity Offices der Daimler AG.

In ihrer Ansprache ging Frau Schwarzenbart nicht nur auf die allgemeine Rolle des GLBT-Themas als Dimension im Rahmen von Diversity ein, sondern hob auch ihren eigenen Lernprozess in diesem Thema hervor. Denn wie vielen anderen Kollegen, war auch ihr nicht immer bewusst, dass die Rolle von Lesben und Schwulen trotz zunehmender gesellschaftlicher Akzeptanz, nach wie vor vielfach ein Tabu-Thema darstellt. Gerade in einem wie unserem konservativ geprägten Unternehmen. Mit der Gründung von GL@D vor fast einem Jahr, hat sich sukzessive auch im Global Diversity Office (GDO) mehr Bewusstsein für das Thema gebildet, und GLBT-Themen haben Einzug in die Diversity-Arbeit gehalten.



Ursula Schwarzenbart, Leiterin GDO bei Daimler (Foto: GL@D)

Bewerbung um Max-Spöhr-Preis

Über die bisherige Unterstützung des Mitarbeiternetzwerkes hinaus gab Frau Schwarzenbart daher an diesem Abend zudem bekannt, dass sich die Daimler AG auch um den Max-Spöhr-Preis beworben hat. Er ist eine vom Völklinger Kreis verliehene Auszeichnung für Diversity-Programme, insbesondere mit Fokus auf GLBT.



Dominic Frohn, Referent und Autor der Studie „Out im Office?“ (Foto: GL@D)

Einen großen Anteil am Erfolg des Abends hatte SWR-Moderatorin Stefanie Germann, die im Anschluss an diese Einleitung durch den Abend führte. Mit Witz und Charme, besonderer Einfühlbarkeit für das Thema und den richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt, schaffte sie es nicht nur das Interesse der Gäste zu gewinnen, sondern sie auch zu aktiver Beteiligung an der Diskussion zu motivieren.

Zunächst jedoch gab Dominic Frohn, als Referent und Autor einer der wenigen quantitativen Studien zum Thema GLBT am Arbeitsplatz, einen 20-minütigen Impuls-Vortrag. Auf der Basis der wichtigsten Ergebnisse seiner Studie, stellte er die Bedeutung des Themas für die Diversity-Arbeit von Unternehmen heraus. Sein Fazit zeigt zwar auf, dass sich seit den 90er Jahren einiges verbessert hat, dass aber die Befragten nach wie vor verschlossen mit ihrer sexuellen Identität am Arbeitsplatz umgehen. Tatsächlich hätten jedoch sowohl Hetero- und Homosexualität nicht nur die sexuellen, sondern auch soziale Aspekte. Im heterosexuellen Fall würden diese Aspekte der Identität (dauerhaft) über Eheringe, Bilder von dem/der Partner/in, Erzählungen vom Wochenende, von Kindern, von Familienfeiern direkt oder indirekt veröffentlicht. Diese Informationen werden hier als sozial und gerade nicht sexuell verstanden. Die gleichen Informationen bei Lesben und Schwulen würden hingegen – teilweise von Lesben und Schwulen selbst – als ein „too much“ an Information gesehen, als ein Überschreiten der Grenze „sozial versus sexuell“.

Auch die Tatsache, dass nur 25% der Befragten keine Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht haben, lässt darauf schließen, dass die Situation nach wie vor bedeutsame Auswirkungen auf psychosomatische Beschwerden, Ressourcen, Arbeitszufriedenheit und Verbundenheit mit den Unternehmen hat.

Podiumsdiskussion mit großer Resonanz

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion konnte er vieles von seinen Eindrücken und Erfahrungen auch an den konkreten Beispielen der anderen Podiumsgäste aufzeigen. ►

EIN ABEND RUND UM DAS THEMA „OUT AM ARBEITSPLATZ“. (FORTSETZUNG VON SEITE 1)

Neben ihm standen Uta Menges, als Leiterin des IBM Diversity-Bereiches in Deutschland und der Schweiz, sowie Tom Ulmer von VelsPol (Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in BW) und Stefan Fischer als Vertreter von GL@D den lebendigen Fragen von Stefanie Germann Rede und Antwort. Dabei ging es neben den Erfahrungen der Gesprächsteilnehmer mit GLBT-Themen im Arbeitsalltag in der Diskussion auch sehr stark um die Möglichkeiten, die Unternehmen und ihrer Mitarbeiter im Hinblick auf präventive Diskriminierungsarbeit und eine offene und akzeptierende Unternehmenskultur haben. Die lebendige und interessante Diskussion wurde im Anschluss an das offizielle Programm dann noch bei einem Glas Wein oder Bier in kleineren Gruppen weitergeführt. Der Erfolg dieser Veranstaltung sollte uns und hoffentlich noch mehr Kollegen motivieren, mit ähnlichen oder anderen Veranstaltungen auf unser Thema aufmerksam zu machen. | *Stefan Fischer*



v.l.n.r.: Dominic Frohn, Tom Ulmer, Stefanie Germann, Stefan Fischer, Uta Menges (Foto: GL@D)



AUSTAUSCH MIT ANDEREN GLBT-MITARBEITERNETZWERKEN AM 22. JUNI 2010

Im Rahmen eines GL@D-Netzwerkabends haben wir Vertreter von anderen GLBT-Mitarbeiter*innen eingeladen, um von ihnen zu lernen und mit ihnen zu diskutieren. Als Gäste durften wir Jean-Luc vom Rainbow-Netzwerk der Deutschen Bank, Lars von EAGLE@IBM und Hartmut von HomoSAPIens@SAP bei uns begrüßen.

IBM, SAP & Co.

Alle diese Netzwerke bestehen seit circa 10 Jahren oder länger und haben zwischen 80 und 300 Mitgliedern. Bei der Deutschen Bank und IBM gibt es regionale Gruppen an einzelnen Standorten, die den Kontakt untereinander durch ein jährliches Treffen und Telefonkonferenzen halten. Bei allen drei Netzen wird die Koordination der Netzwerkarbeit von einer Art „Kernteam“ wie bei uns geleistet. Zum Teil gibt es zusätzliche Fach-Gruppen zu konkreten Themen. Unterschiedlich geht's bei der Budgetausstattung zu: wo bei der Deutschen Bank ein eigenständiges Budget vorhanden ist (natürlich durchs Controlling gut überwacht), bekommen die anderen zwei Netzwerke Gelder für ihre Vorhaben aufgrund von Einzelfallentscheidungen. Eine ähnliche Geldvergabe wie bei uns - wobei wir das „Deutsche-Bank-Modell“ anstreben. Bei den Erfolgen, die unsere Kollegen in und mit ihren Firmen schon erzielt haben, ist die Bandbreite groß. (siehe Infobox hier rechts) Mein Eindruck des Abends ist, dass die ausgetauschten Informationen und die Diskussion für alle Anwesenden sehr interessant waren. Auch die Gäste der anderen Netzwerke fanden den Erfahrungsaustausch hilfreich für sich selbst. So wurde angeregt, in ungefähr zwei Jahren wieder ein ähnliches Treffen zu veranstalten.

Das GL@D-Kernteam überlegt außerdem, dem „Dachnetzwerk“ PrOut@Work (www.proutatwork.eu) beizutreten. Das ist ein Zusammenschluss von deutschen GLBT-Mitarbeiter*innennetzwerken. Am Besten gefallen hat mir die Aussage eines unserer Gäste: „Die Mitarbeit in einem GLBT-Netzwerk kann ein Karriereförderer sein.“ | *Johanna Kössler*

Erfolge geleisteter GLBT-Netzwerkarbeit durch andere Firmen wie SAP, IBM, Deutsche Bank:

- ✓ Mitarbeiter in eingetragenen Lebenspartnerschaften werden wie Mitarbeiter in Ehen behandelt (Betriebsrente, etc.)
- ✓ In Führungskräfte-Seminaren wird beim Thema Diversity auch GLBT angesprochen
- ✓ Die Führungskräfte haben ein Diversity-Ziel in ihrer Zielvereinbarung (dabei zählt auch, wenn sie ihre Mitarbeiter beim Engagement in einem Netzwerk unterstützen)
- ✓ Diskriminierende Vorgesetzte und Kollegen werden entlassen (sicher nicht nur aufgrund der GLBT-Arbeit, aber auch)
- ✓ GLBT ist kein Tabu-Thema, z.B. wurde die 10-Jahres-Feier der Rainbow Group bei der Deutschen Bank durch einen Vorstand eröffnet
- ✓ Ein Mentoring-Programm für GLBT-Mitarbeiter wurde eingeführt
- ✓ Es gibt mehr Führungskräfte, die geoutet sind
- ✓ Die Kundenzielgruppe „GLBT“ wird gezielt durch spezialisierte Berater und mit speziellen Produktangeboten angesprochen
- ✓ Eine Richtlinie zur Unterstützung von Transgender-Mitarbeitern wurde eingeführt
- ✓ Der „social award“ des SAP-Betriebsrats ging an das GLBT-Netzwerk
- ✓ Die Netzwerkarbeit bringt den engagierten Mitarbeitern auch persönliche Vorteile, z.B. höhere Sichtbarkeit im Führungskreis und wertvolle Kontakte quer durch die Firma

NATIONAL / INTERNATIONAL

Berlin - Gespräche mit der Polizei von Tel Aviv

Ende August wurden insgesamt 18 Personen aus Tel Aviv zu einem Besuch in Berlin und Köln erwartet, darunter Überlebende und Betroffene des Anschlages auf das LGBT-Zentrum Agudah in Tel Aviv, bei dem Anfang August 2009 zwei junge Menschen erschossen und 13 weitere Personen teils schwer verletzt worden waren.

An einem Gespräch mit den Vertretern der Tel Aviver Polizei nahmen Assaf Almog, dem Leiter der Abteilung Jugend und Gewaltprävention der Polizeidirektion von Tel Aviv teil. Ferner nahmen Irit Zviely-Efrat, Leiterin einer Bildungseinrichtung der LGBT-Community in Israel, und Adir Steiner, LGBT-Beauftragter der Tel Aviver Stadtverwaltung, teil. In einem Gespräch erklärte Assaf Almog, dass die Polizei zukünftig in Tel Aviv verstärkt mit schwullesbischen Organisationen zusammenarbeiten und Aufklärungsarbeit bei der Polizei durchführen wolle. Da es sich bei dieser Ankündigung um eine neue Entwicklung in der Zusammenarbeit zwischen LGBT-Organisationen und Polizei in Tel Aviv handelte, bezeichneten alle Gesprächsteilpartner dieses Gespräch als einen Durchbruch. Seit vielen Jahren bemühen sich LGBT-Organisationen in Tel Aviv um Gespräche und eine Verbesserung in der Zusammenarbeit mit der Polizei.

Assaf Almog erklärte außerdem, dass er sich sehr über die Einladung nach Berlin freute, um den Erfahrungsaustausch zum Thema Homophobie und Hassgewalt mit der Berliner Polizei zu führen, die auch für sie eine Vorbildfunktion hat. Eine weitere Station des Deutschlandbesuches war Köln und dort auch die Polizei, die Delegation wurde durch das VelsPol-NRW-Mitglied Volker Streiter betreut.



Bayern:

Das „Gesetz zum Neuen Dienstrecht in Bayern“ wurde am 12.08.2010 im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet und tritt am 01.01.2011 in Kraft, eine rückwirkende Versorgung wurde abgelehnt. *LSVD 22.09.2010*

Italien:

Am 08.10.2010 findet in Rom das nächste Boardmeeting der EGPA (EuropeanGayPoliceAssociation) statt. Thomas Ulmer wird als Vertreter von VelsPol-Deutschland am Meeting teilnehmen.

TERMINE**Bitte beachten**

13.10.2010 `Völklinger Kreis meets VelsPol-BW e.V.,` Themenabend in Stuttgart, VelsPol-BW-Mitglieder sind herzlich eingeladen, bitte vorherige Anmeldung unter vorstand@velsPol-bw.de.

14.10.2010 Gespräch des Vorstandes mit dem Innenministerium.

Im Oktober findet aufgrund des Bundesseminars und den Einsätzen im Rahmen von Stuttgart 21 kein Stammtisch statt.

Der nächste Stammtisch findet im Rahmen der Mitgliederversammlung am Freitag 19.11.2010 um 20.00 Uhr statt. Der Veranstaltungsort wird mit der Einladung zur MV verschickt.

Der Vorstand wünscht allen Kolleginnen und Kollegen eine schöne und sichere Zeit, hoffentlich sehen wir uns zahlreich bei der Mitgliederversammlung.

Das Vorstandsteam

03.10.2010

Mitgliedsantrag

- ☐ Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
☐ Fördermitgliedschaft

Name Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

E-Mail

Telefon ____/____

Jahresbeitrag **15,00** Euro

☐ Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.:

BLZ:

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift

☐ ich überweise

auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de



THEMEN

[Mitgliederversammlung](#)

[Gemeinnützigkeit](#)

[Dienstrechtsreform](#)

[Onlineumfrage häusliche Gewalt](#)

[Themenabend Völklinger Kreis](#)

[Rückblick auf das Bundesseminar 2010](#)

[Dienstrecht Bund](#)

[National / International](#)

[Termine](#)

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die Mitgliederversammlung 2010 findet am 19.11.2010 um 20.00 Uhr im Rahmen eines gemeinsamen Essen in Stuttgart im Theaterhaus-Restaurant, Siemensstr. statt. Der Vorstand bittet um zahlreiche Teilnahme, da wir die Satzung um den Punkt `Gemeinnützigkeit` erweitern wollen.

GEMEINNÜTZIGKEIT

Aufgrund unserer vielfältigen Aktivitäten nicht nur im Umfeld der Polizei und gegen homophobe Gewalt haben wir beim Finanzamt Stuttgart die Gemeinnützigkeit beantragt, zwischenzeitlich wurde dieser vom Finanzamt zugestimmt. Die geänderte Satzung soll auf der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Der geänderte Satzungsentwurf wurde mit der Einladung zur Mitgliederversammlung verschickt.

DIENSTRECHTSREFORM

Jetzt ist es besiegelt: Der Landtag hat am 27. Oktober 2010 mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und FDP das Gesetz zur Reform des Dienstrechts in Baden-Württemberg (DRG) beschlossen. Das neue Dienstrecht soll zum 1. Januar 2011 in Kraft treten. SPD und Grüne stimmten in weiten Teilen gegen den Gesetzentwurf.

*CDU und FDP haben nahezu unisono alle Änderungsanträge der Opposition abgelehnt. Lediglich beim gemeinsamen Antrag von SPD und Grüne, der darauf abzielte, **gleichgeschlechtliche Lebenspartner** den Ehegatten gleichzustellen, gab es bei der FDP vier Enthaltung. Zudem fühlte sich der rechtspolitische Sprecher der Liberalen, Hagen Kluck, bemüßigt, im Anschluss an die von der SPD beantragte namentliche Abstimmung zu erklären, er habe in dieser Frage gegen seine Überzeugung gestimmt, um den Gesetzentwurf nicht zu gefährden. Die Erklärung sorgt nicht nur bei der Opposition für Heiterkeit.*

Quelle: DPoIG 01.11.2010



Pressemitteilung vom 27.10.2010

2. Lesung zur Dienstrechtsreform im Landtag Baden-Württemberg

Der Bundes- und Landesverband des MitarbeiterNetzwerkes VelsPol-Baden-Württemberg e.V. (Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.) ist empört über die Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses des Landtages von Baden-Württemberg zur Dienstrechtsreform.

CDU und FDP machen in Baden-Württemberg eine aktiv homosexuellenfeindliche und bewusst rechtswidrige Politik. In der Beschlussempfehlung wurde festgeschrieben, dass die lesbischen Beamtinnen und schwulen Beamten des Landes weiterhin einer verfassungswidrigen Diskriminierung ausgesetzt sind.

Es ist empörend, dass sich die Landesregierung in Baden-Württemberg den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften verweigert. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass Benachteiligungen von Lebenspartnern gegenüber Ehegatten nicht gerechtfertigt werden können.

In den meisten Bundesländern ist die Gleichstellung im Beamtenrecht bereits vollendet. Die Regierungen in Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben in diesem Jahr nachgezogen. Die Bundesregierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht.

Nur Baden-Württemberg besteht darauf, Lebenspartner weiter zu diskriminieren. Verpartnerten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter verweigert die Regierung den Familienzuschlag, die Beihilfe und die Hinterbliebenenversorgung.

VelsPol – Baden-Württemberg e.V., Weissenburgstrasse 28A, 70180 Stuttgart,
www.velspol-bw.de

Mitglied in



- 2 -

Baden-Württemberg hält ein rückwärtsgewandtes Familienbild aufrecht, das Lesben und Schwulen das Leben schwer macht. Neun Jahre nach Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes wird durch diese Beschlussfassung die systematische Diskriminierung von Lesben und Schwulen im Land fortgesetzt.

Nachdem in Nordrhein-Westfalen nach der letzten Landtagswahl jetzt auch eine Gleichstellung im Beamtenrecht ansteht hoffen alle Mitglieder des Netzwerkes VelsPol-BW e.V. auf eine Ablösung der CDU-FDP Koalition im Land Baden-Württemberg nach der bevorstehenden Landtagswahl.

Thomas Ulmer

Bundesvorstand

Landesvorstand Baden-Württemberg



Mit der am 27.10. vom Landtag in namentlicher Abstimmung beschlossenen Dienstrechtsreform wird Unrecht zementiert und beweist das Land Baden-Württemberg zum wiederholten Mal, dass es weit vom beanspruchten Status des „Musterländles“ entfernt ist. Zu dieser Feststellung kamen die beiden SprecherInnen der Projektgruppe Lesben und Schwule, Maike Pfuderer und Till Seiler, von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Baden-Württemberg.

Die Reform mag in vielen Bereichen, so z.B. der Abschaffung des einfachen Dienstes ihre Ziele erreicht haben, in der Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften gegenüber der Ehe wurde dieses Ziel verfehlt. Im Gegensatz zur Praxis in allen anderen 15 Bundesländern, wird verpartnerten Lesben und Schwulen, ob als BeamtInnen oder Angestellten im Land Baden-Württemberg der Verheiratetenzuschlag und die Gleichstellung bei Pensionen bzw. der Hinterbliebenenversorgung auch weiterhin verwehrt. Nach Ansicht von Pfuderer und Seiler, zeigt hierbei vor allem das Abstimmungsverhalten der FDP-Abgeordneten wie weit sie von ihrem Anspruch Bürgerrechtspartei zu sein entfernt sind. Selten standen Sonntagsreden, wie die der Bundesjustizministerin als Schirmherrin des CSD 2010 und das Handeln ihrer Partei in solch krassem Widerspruch. Sie passen jedoch zur Aussage des stuttgarter Kreisvorsitzenden der Liberalen, der erklärte, dass diese Partei wegen einer Länderöffnungsklausel keine Koalition gefährden würde. Hier wird der eigene Machterhalt über die eigenen Ansprüche gestellt. Machterhalt auf Kosten einer Personengruppe, die als PolizistInnen, LehrerInnen und in vielen anderen Bereichen in Land und Kommunen ihren Dienst tun, das ist Bitter!

Baden-Württemberg gegen Gleichstellung von Lesben und Schwulen

CDU-FDP Regierung ignoriert Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts

Der Landtag in Baden-Württemberg berät heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (Dienstrechtsreformgesetz). Dazu erklärt Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):

CDU und FDP machen in Baden-Württemberg eine aktiv homosexuellenfeindliche und bewusst rechtswidrige Politik. Sie wollen heute im Stuttgarter Landtag festschreiben, dass die lesbischen Beamtinnen und schwulen Beamten des Landes weiterhin einer verfassungswidrigen Diskriminierung ausgesetzt sind. Es ist empörend, dass sich die Regierung in Baden-Württemberg den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften verweigert. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass Benachteiligungen von Lebenspartnern gegenüber Ehegatten nicht gerechtfertigt werden können (Beschlüsse BvR 1164/07 – und 1 BvR 611 u. 2464/07).

In den meisten Bundesländern ist die Gleichstellung im Beamtenrecht bereits vollendet. Die Regierungen in Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen

haben in diesem Jahr nachgezogen. Die Bundesregierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Nur Baden-Württemberg besteht darauf, Lebenspartner weiter zu diskriminieren. Verpartnerten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter verweigert die Regierung den Familienzuschlag, die Beihilfe und die Hinterbliebenenversorgung.

Baden-Württemberg hat ein rückwärtsgewandtes Sonderrecht, dass Leben und Schwulen das Leben schwer macht. Neun Jahre nach Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes ist im Ländle nach wie vor systematische Diskriminierung angesagt: von höheren Gebühren bei der Verpartnerung über die Verweigerung der Gleichstellung bei den Angehörigen der Freien Berufe bis hin zum Diskriminierung von Beamtinnen und Beamten, wie etwa den Lehrerinnen und Lehrern.

Jetzt hoffen wir auf die nächste Landtagswahl im März 2011. Auch in Nordrhein-Westfalen endet die Blockade erst nach der Abwahl der dortigen homophoben CDU-FDP-Koalition.

Der LSVD empfiehlt allen Betroffenen, aktiv zu werden und die ihnen rechtswidrig vorenthaltenen Vergünstigungen einzuklagen. Wir beraten und begleiten Sie gerne bei Widerspruch, Einsprüchen und Klagen. Die Ansprüche können seit dem 3.12.2003 eingefordert werden und sind nicht verjährt.

Mustertexte finden sich auf der LSVD-Webseite <<http://www.lsvd.de/903.0.html>>

--

LSVD - Pressestelle

Rückblick

AKTUELLE - Pressemitteilungen

079/2010

13.10.2010

Innenausschuss des Landtags stimmt Dienstrechtsreform zu

Stuttgart. Dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Reform des öffentlichen Dienstrechts, mit dem unter anderem die Pensionsaltersgrenze auf 67 Jahre angehoben werden soll, hat der Innenausschuss des Landtags auf seiner Sitzung am Mittwoch, 13. Oktober 2010, mehrheitlich zugestimmt. Zudem wurden zwei Änderungsanträge von CDU und FDP/DVP, die den Gesetzentwurf redaktionell präzisieren, mehrheitlich angenommen. Dagegen fanden diverse Änderungsanträge von SPD und Grünen im Ausschuss keine Mehrheit. Dies teilte der Vorsitzende des Gremiums, der SPD-Abgeordnete Walter Heiler, mit.

Die abgelehnten Änderungsanträge von SPD und Grünen zielten laut Heiler unter anderem darauf ab, eingetragene Lebenspartnerschaften im Bereich der Besoldung und Versorgung, also beispielsweise bei der Zahlung des Familienzuschlags und der Hinterbliebenenversorgung, mit der Ehe gleichzustellen. Darüber hinaus, so der Ausschussvorsitzende, wollten die Oppositionsfraktionen die aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1995 notwendige Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes nicht so gestalten, dass die Mitbestimmung eingeschränkt wird.

Wie Heiler weiter mitteilte, haben beide Fraktionen auch einen eigenen Änderungsantrag zur Sonderaltersgrenze bei Beamten der Polizei, des Justizvollzugsdienstes und der Feuerwehr eingebracht. Die SPD habe die bisher geltende Sonderaltersgrenze von 60

Jahren generell beibehalten wollen. Demgegenüber hätten die Grünen bei Polizisten für eine Sonderaltersgrenze von 62 Jahren plädiert. Allerdings hätten nach diesem Vorschlag Polizisten, die mindestens 20 Jahre im Schicht- oder Wechselschichtdienst oder in speziellen Einheiten gearbeitet haben, bereits mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen können.

Nach Angaben des Ausschussvorsitzenden sieht der Gesetzentwurf der Landesregierung unter anderem vor, die Pensionsaltersgrenze auf 67 Jahre anzuheben, die Besoldung strukturell zu verbessern und den einfachen Dienst abzuschaffen. Außerdem würden Wechsel in die Privatwirtschaft erleichtert, indem Beamte ihre Pensionsanswartschaften mitnehmen könnten.

Quelle: Landtag BW-Internet

ONLINEUMFRAGE ZUR HÄUSLICHEN GEWALT

ERSTMALS EINE ONLINEUMFRAGE ZUR HÄUSLICHEN GEWALT IN GLEICHGESCHLECHTLICHEN BEZIEHUNGEN

Schwerin/Güstrow (18.10.2010) Der LSVD- Landesverband Mecklenburg Vorpommern und seine Mitgliedsvereine, unter anderem VelsPol M-V unterstützen eine Onlinefrage zum Thema „Häusliche Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen“. Im Rahmen der Polizeiausbildung im gehobenen Polizeidienst schreibt derzeit ein **Student an der Fachhochschule Güstrow, Fachbereich Polizei** seine Bachelorarbeit zu diesem Thema. Die Onlinebefragung dauert zwischen zwei und zehn Minuten und wird anonym durchgeführt. Es wäre wünschenswert, durch rege Teilnahme der Zielgruppe, erstmals eine repräsentative Auswertung zu diesem Thema zu erlangen.

Dazu erklärt **Maik Exner-Lamnek**, der selbst Polizeibeamte ist, von VelsPol M-V:

Wir finden die Bachelorarbeit und somit die Onlineumfrage für sehr wichtig und interessant zugleich. Wir rufen die lesbischen, schwulen und bisexuelle Menschen, die in einer Beziehung leben oder gelebt haben, auf, sich an der Onlineumfrage zu beteiligen.

"Häusliche Gewalt" sollte weder als Tabuthema noch als „Privatsache“ verharmlost werden, sondern muss öffentlich gemacht werden, damit zum Schutz der Opfer schnell und effektiv Maßnahmen getroffen werden können. Obwohl sich die Gesellschaft inzwischen zunehmend mit häuslicher Gewalt in heterosexuellen Beziehungen beschäftigt, bleibt die Frage nach gewalttätigen Übergriffen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen noch immer gänzlich unberücksichtigt. Sie wurde bisher kaum thematisiert, noch hat sie Eingang gefunden in die allgemeinen und polizeilichen Diskussionen um häusliche Gewalt. Gegenwärtig wird in der Forschung davon ausgegangen, dass das Vorkommen von Gewalt in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ebenso hoch ist wie in gegengeschlechtlichen Beziehungen" – Diese These soll im Rahmen der Bachelorarbeit des Studenten untersucht werden.

Interessant wäre zudem, ob die Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen härter ausfällt, wie in heterosexuellen Beziehungen.

Wir würden uns freuen, wenn sie mit einer Veröffentlichung, die Onlineumfrage unterstützen. Der Link zur Onlineumfrage lautet: www.soscisurvey.de/haeuslichegewalt, alternativ ist der Link auch auf den Internetseiten der Mitgliedsvereine, insbesondere auch auf der Homepage von VelsPol M-V und dem LSVD Landesverband M-V zu finden. Die Onlineumfrage läuft bis zum 31.12.2010.

THEMENABEND VÖKLINGER KREIS

Am 13.09.2010 fand in Stuttgart das regelmäßige Treffen mit Vertretern des Vöklinger Kreises statt, neben dem aktuellen Thema Dienstrechtsreform wurden auch Themen wie Gleichstellung und Diversity in der Arbeitswelt besprochen.

Von allen Teilnehmern wurde die langjährige hervorragende Arbeit des Mitarbeiternetzwerkes VelsPol-BW e.V. zum Ausdruck gebracht. Der Kontakt wird weiter ausgebaut für das Jahr 2011 wurde eine Vorstellung des Netzwerkes 'Vöklinger Kreis' im Rahmen eines Stammtisches vereinbart.

RÜCKBLICK AUF DAS BUNDESSEMINAR 2010

Am 17. Bundesseminar 2010 haben insgesamt 25 Kolleginnen und Kollegen im malerisch gelegenen Schloss Bettenburg bei Hofheim in Bayern teilgenommen. Die Eröffnungsveranstaltung fand am Freitag 22.10.2010 statt, der Bürgermeister von Hofheim Borst (CSU) richtete seine Grußworte persönlich an die Teilnehmer, in Vertretung der Polizeipräsidentin von Unterfranken sprach PR Hornung die Grußworte. In Workshops wurde das Thema Homosexualität in der Polizei diskutiert, eine Konzeption zur Information über das Thema Homosexualität in der Fortbildung wird in den nächsten Wochen in einer Arbeitsgruppe erstellt. Die Konzeption beinhaltet auch das Thema Hatecrime. Der Referent Klaus Lederer (Mitglied des Abgeordnetenhaus Berlin) stellte das Programm 'Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt' vor. Eduard Stapel (Bürgerrechtler in der DDR) stellte anhand seiner eigenen Erfahrungen die Situation der Homosexuellen in der DDR vor.

Das nächste Bundesseminar findet vom 07.-10. Juli 2011 in Leipzig statt.





Eröffnungsveranstaltung





Vertreter des Polizeipräsidiums Unterfranken und Stadträtin

DIENSTRECHT BUND

Dienstrecht: Bund will Gleichstellung von Lesben und Schwulen angehen

Gerichte werden Rechtsbruch der Union korrigieren

Heute will das Bundeskabinett den "Entwurf eines Gesetzes zur Übertragung ehebezogener Regelungen im öffentlichen Dienstrecht auf Lebenspartnerschaften" verabschieden. Dazu erklärt Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) begrüßt, dass der Bund die Gleichstellung Eingetragener Lebenspartnerschaften im Beamten- und Soldatenrecht nun endlich in Angriff nimmt. Die meisten Bundesländer haben die Gleichstellung im Beamtenrecht bereits vollzogen. Der Regierungsentwurf stellt verpartnerte Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Bundes sowie Soldatinnen und Soldaten im Besoldungs- und Versorgungsrecht mit Eheleuten gleich. Außerdem bringt der Entwurf verpartnerten Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern die Gleichstellung bei ihrer sozialen Absicherung.

Über neun Jahre nach Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes ist die Gleichstellung im Dienstrecht längst überfällig. Sie ist zudem verfassungsrechtlich geboten.

Ein klarer Rechtsbruch ist aber, dass der Regierungsentwurf keine vollständige Rückwirkung der Gleichstellung vorsieht. Die Gleichstellung sollte nach dem Plan des Bundesinnenministeriums sogar erst nach der Verkündung im Bundesgesetzblatt gelten. Die FDP hat erreicht, dass sie wenigstens rückwirkend ab 01.01.2009 greifen soll. Das reicht aber nicht aus. Nach den bindenden Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts hätte die Gleichstellung spätestens ab dem Ablauf der Umsetzungsfrist der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie 2000/78/EG am 03.12.2003 erfolgen müssen und für die bereits rechtshängigen Fälle (sogenannte "Altfälle") ab dem 01.08.2001. Es wird also zu neuen Klageverfahren wegen verweigerter Rückwirkung kommen.

Während die CDU/CSU sonst immer "Recht" und „Ordnung" vor sich her trägt, ist sie ohne Weiteres zum Rechtsbruch bereit, wenn es um Lesben und Schwule geht. Die Gerichte werden die CDU/CSU belehren, dass Lesben und Schwule keine Staatsbürger zweiter Klasse sind.

Quelle: LSVD 13.10.2010



Antidiskriminierungsstelle
des Bundes

Pressemitteilung

Nr. 27/2010 vom 13. Oktober 2010
Seite 1 von 1

HAUSANSCHRIFT
Glinkastraße 24
10117 Berlin

Pressestelle

Tel.: 03018 555-1805
Fax: 03018 555-41865

poststelle@ads.bund.de

Lüders begrüßt Kabinettschluss zur Übertragung ehebezogener Regelungen im öffentlichen Dienstrecht auf Lebenspartnerschaften

Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Christine Lüders, hat die geplante Übertragung ehebezogener Regelungen im öffentlichen Dienstrecht auf Lebenspartnerschaften ausdrücklich begrüßt. Die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzesvorhabens der Bundesregierung am heutigen Mittwoch im Bundeskabinett sei ein weiterer wichtiger Schritt für die rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben, betonte Lüders am Mittwoch in Berlin.

Mit dem Gesetz sollen rückwirkend zum 1. Januar 2009 ehebezogene Regelungen im öffentlichen Dienstrecht auf Lebenspartnerschaften übertragen werden. Dies betrifft insbesondere Regelungen zum Familienzuschlag, zur Hinterbliebenenversorgung, zur Beihilfe sowie zur Auslandsbesoldung.

Lüders betonte: „Mit dem Gesetzesvorhaben der Bundesregierung wird eine weitere Lücke bei der Gleichstellung der rund 19.000 Lebenspartnerschaften in unserem Land mit Ehen geschlossen.“ Dies zeige, wie dynamisch sich Recht und Rechtsprechung in diesem Bereich weiter entwickelten. Jedoch sei dieser Prozess noch lange nicht an seinem Endpunkt angekommen. Lüders unterstrich: „Die Bundesregierung sollte prüfen, inwieweit noch bestehende Ungleichbehandlungen von Lebenspartnerschaften und Ehen weiter abgebaut werden können.“ Als Beispiele hierfür nannte die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes die Regelungen bei der Einkommenssteuer und das Adoptionsrecht.

Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hob hervor: „In unserer Beratungstätigkeit werden wir immer wieder mit Benachteiligungen von homosexuellen Frauen und Männern, aber auch von transidenten Menschen, konfrontiert. So wandte sich ein Beamter wegen der Krankenversicherung seines Lebenspartners an uns. Seine Krankenkasse weigerte sich unter Hinweis auf die eigene Satzung, den Lebenspartner mit zu versichern, so wie es bei Ehepaaren möglich ist. Auf unsere Bitte um Stellungnahme kündigte die zuständige Aufsichtsbehörde eine Satzungsänderung an. Dieses Beispiel zeigt, dass auch kleine Fortschritte oftmals mühsam erkämpft werden müssen. Kein Mensch darf auf Grund seiner sexuellen Identität diskriminiert werden. Intoleranz schadet nicht nur den Betroffenen, sondern der gesamten Gesellschaft.“

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes war mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 errichtet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Weitere Informationen unter www.antidiskriminierungsstelle.de.

NATIONAL/ INTERNATIONAL

International:

Am 08.10.2010 fand in Rom das Herbst-Boardmeeting der EGPA (EuropeanGayPoliceAssociation) statt. Thomas Ulmer hat als Vertreter von VelsPol-Deutschland am Meeting teilgenommen. Auf dem Meeting wurde ein neuer Vorstand gewählt. Zum neuen EGPA-Präsidenten wurde Herman RENES (NL), zum Vice-Präsident Paul FRANEY (IRL) und Manuel GONZALEZ (E) gewählt. Auf dem Meeting wurde die nächste EGPA-Konferenz an Dublin/ Irland vergeben. Die nationalen Organisationen wurden damit beauftragt Themenvorschläge für Vorträge und Workshops vorzuschlagen. Weitere Themen waren der Umgang mit `Hatecrime`, die weitere Vernetzung mit Ländern aus Osteuropa und Berichte über die Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen. Aufgrund der Sparmaßnahmen der britischen Regierung sieht sich die Partnerorganisation in Großbritannien (GPA) nicht in der Lage ihre bisherige Arbeit in vollem Umfang fortzuführen.

Das nächste Boardmeeting findet im Frühjahr 2011 in Zürich statt. Das Herbstmeeting in August in Amsterdam, hierzu sind alle Kolleginnen und Kollegen der nationalen Organisationen eingeladen an der Canal-Pride in Amsterdam teilzunehmen. Hierzu erfolgen noch nähere Informationen.

National:

Auf dem Bundesseminar/ Verbandstag wurde beschlossen dass ab 2011 ein vergleichbarer bundesweiter Newsletter wie diese durch den Bundesvorstand erstellt und veröffentlicht wird.

TERMINE

Bitte beachten

Der nächste Stammtisch findet im Rahmen der Mitgliederversammlung am Freitag 19.11.2010 um 20.00 Uhr in Stuttgart im Restaurant Theaterhaus, Siemensstr. statt.

10.12.2010, 18:30 Uhr – Gemeinsamer Besuch des Weihnachtsmarktes in Stuttgart; Treffpunkt Glühweinstand der AIDS-Hilfe Stuttgart hinter dem Rathaus Nadlerstrasse.

Der Vorstand wünscht allen Kolleginnen und Kollegen eine schöne und sichere Zeit, hoffentlich sehen wir uns zahlreich bei der Mitgliederversammlung.

Das Vorstandsteam

04.11.2010

Mitgliedsantrag

- ☐ Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
☐ Fördermitgliedschaft

Name Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

E-Mail

Telefon ____/____

Jahresbeitrag **15,00** Euro

☐ Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.:

BLZ:

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift

☐ ich überweise

auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de

10.12.2010
18:30 Uhr

Alle Jahre wieder...
**...STAND DER AIDS-HILFE STUTTGART E.V.
AUF DEM STUTTGARTER WEIHNACHTSMARKT**

MIT
GLÜHWEIN
PUNSCH
MARMELADE
GEBÄCK
SOCKEN
SCHALS

THEMEN

Mitgliederversammlung
Dienstrechtsreform
Gleichstellungspolitik
Bachelor-Arbeit
National / International
Termine

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

An der Mitgliederversammlung 2010 haben insgesamt 16 Mitglieder teilgenommen. Vorstandswahlen standen in diesem Jahr nicht an, der Vorstand und die Kassenprüfer wurden entlastet. Der neuen Satzung mit der Gemeinnützigkeit von VelsPol-BW e.V. wurde einstimmig zugestimmt, die entsprechenden weiteren Schritte werden in Kürze eingeleitet. Nach Eintragung der Satzungsänderung geht jedem Mitglied die Satzung per eMail zu.

An dieser Stelle möchte ich als Vorstand allen Vorstandsmitgliedern und den Kassenprüfer für ihre Arbeit danken.

DIENSTRECHTSREFORM

Das neue Dienstrecht in Baden-Württemberg ist im Dezember in Kraft getreten. Einzelne Mitglieder von VelsPol-BW e.V. haben erneut Klage gegen das Land Baden-Württemberg eingereicht. Es bleibt abzuwarten, ob sich nach der Landtagswahl 2011 Änderungen ergeben.

Siehe auch angehängtes PDF-Dokument des Beamtenbundes.

Zum Thema `Gleichgeschlechtliche Partnerschaften - rechtliche und politische Situation` findet am Dienstag 07.12.2010 um 19:00 Uhr eine Infoveranstaltung in Tübingen (VHS) mit Bundesanwalt a.D. Manfred Bruns statt. Veranstalter ist der LSVD.

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Versprochen – Gebrochen. Die FDP und ihre Gleichstellungspolitik

Die FDP verspricht gerne die Gleichstellung von Homosexuellen. Doch die Möglichkeit, die Diskriminierung von Lebenspartnerschaften im Steuerrecht zu beenden, hat die FDP beim Jahressteuergesetz 2010 nicht genutzt. Versprochen - Gebrochen.

Das am 1. August 2001 in Kraft getretene Lebenspartnerschaftsgesetz schuf für gleichgeschlechtliche Paare das neue familienrechtliche Institut der Eingetragenen Lebenspartnerschaft. Allerdings wird es gegenüber der Ehe im Steuerrecht und insbesondere im Einkommensteuerrecht vehement diskriminiert. Lebenspartner werden bislang bei der Einkommensteuerveranlagung nicht wie Ehegatten, sondern wie Ledige behandelt und der ungünstigeren Steuerklasse zugeordnet. Darüber hinaus gibt es gezielte Benachteiligungen gleichgeschlechtlicher Familien mit Kindern, die zu einer spürbaren Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation führen, unter der auch die Kinder mitleiden müssen. Diesem Missstand wollten wir mit der Gleichstellung von Ehen und Lebenspartnerschaften begegnen. Doch die Regierungsfractionen lehnten ab. Lediglich beim Erbschaftssteuerrecht konnten einige kleine Besserungen auf unseren Druck hin, auf den Weg gebracht werden.

Enttäuschend ist gerade die Abstimmung meiner Mannheimer Bundestagskollegin Birgit Reinemund von der FDP. Bei Empfängen und beim CSD wird die Mannheimer FDP nicht

müde, die Gleichstellung zu betonen. Hat sie aber die Gelegenheit dazu, belässt sie es bei der Rhetorik.

Antrag der B90/ Die GRÜNEN auf Gleichstellung der Ehe mit der Lebenspartnerschaft:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/034/1703469.pdf>

Quelle: Gerhard Schick MdB/ B90/ Die GRÜNEN

BACHELOR-ARBEIT

`HOMOSEXUALITÄT UND HOMOPHOBIE IN DER POLIZEI`

Kollege Sascha Rogge (Hochschule für Polizei) erstellt eine Bachelorarbeit zum Thema `Homosexualität und Homophobie in der Polizei` dazu geht den Dienststellen demnächst eine eMail mit den Fragebögen zu. Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen sich an der Umfrage zu beteiligen.

NATIONAL/ INTERNATIONAL

International:

Regenbogenball: Der nächste Regenbogenball in Wien findet am 12.02.2011 in der Hofburg statt. Nähere Einzelheiten unter: www.hosiwien.at/regenbogenball/, zu der Veranstaltung sind alle Mitglieder von VelsPol-BW e.V. eingeladen.

Bodenseetreffen: Das nächste Bodenseetreffen findet voraussichtlich im April in Lindau am Bodensee statt, das Treffen wird von VelsPol-Bayern organisiert.

National:

Bundesseminar 2011: Das nächste Bundesseminar 2011 findet vom 07.-10.07.2010 in Leipzig statt.

TERMINE

Bitte beachten

`Stammtisch – Dezember` : 10.12.2010, 18:30 Uhr – Gemeinsamer Besuch des Weihnachtsmarktes in Stuttgart; Treffpunkt Glühweinstand der AIDS-Hilfe Stuttgart hinter dem Rathaus Nadlerstrasse.

Stammtischtermine 2011:

14.01.2011; 04.02.2011; 11.03.2011; 01.04.2011; 06.05.2011; 10.06.2011.

*Danke an alle Mitglieder, die die
Arbeit des Vorstandes in Jahr 2010
unterstützt haben.*

*Ein besonderer Dank an Danny, Thilo
und Siggie für die Organisation der
CSD-Teilnahme.*

Das Vorstandsteam

Der Vorstand wünscht allen Mitgliedern eine besinnliche Vorweihnachtszeit, frohe Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2011.

Das Vorstandsteam

05.12.2010

Mitgliedsantrag		<input type="checkbox"/> Aktive Mitgliedschaft (nur Polizeibedienstete)
		<input type="checkbox"/> Fördermitgliedschaft
Name	<input type="text"/>	Vorname <input type="text"/>
Strasse	<input type="text"/>	
PLZ/Wohnort	<input type="text"/>	
E-Mail	<input type="text"/>	
Telefon	<input type="text"/> / <input type="text"/>	Jahresbeitrag 15,00 Euro
<input type="checkbox"/> Einzugsermächtigung Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.		<input type="checkbox"/> ich überweise auf das Konto VelsPol-BW e.V. bei der VoBa Sindelfingen Konto 412772000 BLZ 60390000
Konto-Nr.:	<input type="text"/>	Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de
BLZ:	<input type="text"/>	
Kreditinstitut	<input type="text"/>	
Datum, Unterschrift	<input type="text"/>	